

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gassenstr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50 pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Vertriebsstelle für die Provinzen: Kolonial- oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Berlin- und Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige, Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 30.

Freitag, den 5. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Die Verteidigung Wilhelms II.

Herr Adolf Stein, Herausgeber des „Deutschen“, Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ und als betriebsamer Offiziosus konservativer Gegenstand des blockfreimütigen August Stein von der „Frankfurter Zeitung“, veröffentlicht, wie schon erwähnt, in einem Weipolger Verlag eine Verteidigungsschrift in Sachen des deutschen Kaisers. Er versucht darin den Nachweis zu führen, daß die Anklagen, die gegen Wilhelm II. erhoben werden, zum größten Teil unberechtigt sind, und daß die meisten jener politischen Mißgriffe, die in den letzten zwanzig Jahren Stürme der öffentlichen Meinung hervorgerufen, nicht dem Kaiser, sondern der Bureaucratie zur Last fallen. Wohl muß auch dieser Verteidiger Wilhelms II. zugeben, von 1871 „ein Duzend Fälle aufzählen, wo er sich höchstpersönlich gründlich verhasen hat“, aber dafür gäbe es „Hunderte von Fällen, wo die Bureaucratie ihre Dummheiten von ihm bedecken ließ und dann feierlich zusah, wie der Monarch als Kugelfang für die giftigen Geschosse der schlecht informierten Presse diente“. Im allgemeinen wird der Kaiser als der Mann auf dem Throne geschildert, mit jenen „glänzenden Eigenschaften des Geistes und des Herzens“ ausgestattet, wie wir sie alle aus den Kinderbüchern kennen. Diejenige gentile und tugendhafte Monarchen wird nun eine Bureaucratie gegenübergestellt, die an Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit ihresgleichen höchstens im Vaterland des Verfassers, nämlich im heiligen Rußland, finden dürfte. Der royalistische „Reichsbote“, der von der Schrift des Herrn Stein sehr begeistert ist, setzt nun den Punkt aufs i, wenn er dazu schreibt:

In der Tat wird es Mode, daß unfähige Diplomaten und Bureaucraten sich mit den „sprunghaftesten Entschlüssen“ zu bedien beginnen, während vielmehr diejenigen Herren gerade diese Entschlüsse angeregt haben; alle diese Dinge haben aber unserer Meinung nach nur entstehen können, weil der Kaiser viel zu häufig und viel zu lange vom Sitze der Regierung abwesend gewesen ist und mit ihm die obersten Regierungsstellen. Infolgedessen ist die Bureaucratie den Leitern der Geschäfte und dem Kaiser über den Kopf gewachsen. Es wird nötig sein, wieder auf die Details mehr einzugehen und die Geheimräte unter strenger Kontrolle zu halten, und ferner werden unsere Herren Bureaucraten im eigenen Interesse gut tun, Beizeiten eine geeignete Organisation zu schaffen, die den Kaiser vor Mißbrauch seiner Neuerungen schützt. Daß nach der Neujahrsansprache der „Reichs-Anzeiger“ erst nach fünfjähriger Wüßter Hege bemüht wurde, ist einfach Standes. Und es wäre vielleicht aller Tage Abend, wenn sich der Kaiser zur bloßen Puppe degradieren sollte. Auf die Dauer wird die Nation einen in den Hintergrund gedrängten Kaiser sich nicht gefallen lassen, der nächste Sturm wird sich aber gegen die wirklich Schuldigen richten.

Der Zusammenhang der Dinge liegt also klar auf der Hand. Die persönlichen Anhänger des Kaisers, die politischen Spekulantien des Gottesgnadentums fordern den Kaiser auf, nicht mehr Zurückhaltung zu üben, wie selbst der Vorstand der konservativen Partei von ihm gefordert hat, sondern im Gegenteil, noch stärkeren persönlichen Anteil an den Regierungsgeschäften zu nehmen, sich um die Details zu kümmern, Reichskanzler, Staatssekretäre, Minister, Geheimräte unter strenger Kontrolle zu halten. Grund und Ursache aller deutschen Mißere, sagen sie, sei, daß sich Wilhelm II. trotz seiner kolossalen geistigen Ueberlegenheit seine Handlanger habe über den Kopf wachsen lassen, daß er ihre Fehler „geschluckt“ und ihre Dummheiten großmütig auf die eigene Kappe genommen habe. „Meiner Ueberzeugung nach“, schreibt Herr Adolf Stein wörtlich, „ist Wilhelm II. viel zu korrekt in der strengen Beobachtung konstitutioneller Formen, auch dann, wenn er über ihm aufgenötigte Dinge lächeln oder sie beklagen muß.“ Die Heilung aller Schäden liegt also beim absolutistischen Royalismus, dem unbeschränkten, von aller bureaucratistischen und parlamentarischen Bevormundung befreiten Selbstherrschertum Wilhelms II.

Für das Volk ist es jedenfalls ein erhebendes Schauspiel, zu sehen, wie die Anhänger des Kaisers und Königs die kaiserlichen und königlichen Beamten als eine Herde von Eseln und Schafen hinstellen, während umgekehrt wieder die Bureaucratie den Kaiser zum Sündenbock ihrer eigenen Verfehlungen macht. Was Herr Stein nach dieser Richtung behauptet, ist sicherlich 'ns Ungeheuerliche übertrieben, bestwegen aber bleibt es doch objektiv richtig, daß die Regierung schon zu Höhenlobes Zeiten und besonders unter der Kanzlerschaft Bülows aus weitverbreiteten Urteilen über die Eigenart des Kaisers in unschöner Weise Vorteil gezogen hat. Durch nichts läßt sich die Last aus der Welt schaffen, daß das Vertrauen des Bürgertums zur Regierung Bülows ganz wesentlich auf der Vorstellung beruhte, der Reichskanzler habe einen furchtbar schweren Kampf zu führen, um die deutsche Politik in halbwegs vernünftigen Bahnen zu erhalten, was jetzt an Fehlern geschehe, sei eben das Minimum, das bei äußerstem Kraftaufwande zu erreichen sei. Das Reich aber, das die deutsche Politik verfolgt, werde sich unfehlbar zur Katastrophe auswachen, sobald

der Mann an der Brenne seinen Platz räume. Dabei mag es wohl auch vorgekommen sein, daß schlimme Mißgriffe, die einem Beamten zur Last fielen, ohne weiteres auf das Konto des Kaisers geschrieben wurden. Wann immer in der deutschen Politik etwas geometrisch genau Verfehrtes, etwas ideal Zweckwidriges und unentbehrlich Unwahrscheinliches passierte, lächelten die Kanzlerfreunde und sagten „Aha!“ Dieses Aha war aber nicht immer am Platze, denn es kann zum Beispiel als nahezu gewiß gelten, daß die Wittlingsfahrt des Kaisers nach Marokko nicht, wie man zur Zeit annahm, auf einen persönlichen Einfall Wilhelms II. zurückzuführen ist, sondern die Durchführung eines genialen Gedankens darstellte, der dem verantwortlichen Hauptmann Bernhard Bülow entsprungen war.

Darin, und nicht in der historisch unhaltbaren Exemplifikation auf das Krüger-Telegramm, mag das Fährliche Wahrheit zu finden sein, das in der Steinischen Darstellung Wilhelms II. seiner Taten und seiner Leiden, viellecht doch enthalten ist. Das Wirken einer absolutistischen Kaiserpartei tritt in dieser royalistischen Streifschrift mit ihren hochberechneten Vorstößen gegen Bülow und seinen möglichen Nachfolger, Herrn von Marschall, klar zutage. Es erhebt sich die Frage: Woher hat der Verteidiger Wilhelms II. seine Wissenschaft? Wer steht hinter Adolf Stein?

Löbtau.

Vor zehn Jahren, am 3. Februar 1899, wurde vom Schwurgericht Dresden jenes Schreckensurteil gefällt, das noch heute als das fürchterlichste Meisterstück der deutschen Massenjustiz einen traurigen Ruhm genießt. 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis, 70 Jahre Ehrverlust wurden über neun Arbeiter verhängt, die in der Trunkenheit einen Baumeister, einen leichfertigen Wuben, der sie durch Revolvererschüsse aufs äußerste gereizt hatte, mißhandelten. Es war eine jener Prügeleien, wie sie nach alkoholischen Erzessen bei Patrizierjöhnen mindestens ebenso oft vorkommen, wie beim „Böbel“. In Hülle und Fülle waren mißdernde Umstände vorhanden, sie drängten sich förmlich auf, und doch wurden sie verjagt. Ja, Leute wurden verurteilt, denen man weiter nichts nachgewiesen hatte, als daß sie versuchten, ihre Kameraden zu beruhigen. — Aber freilich, hier hatten Arbeiter ihre Kollegen von der Leistung von Ueberstunden abhalten wollen, und das führte zu dem Zusammenstoß mit dem Baumeister. Das sind die Folgen jener gewerksmäßigen Aufreizung der Arbeiter durch die sozialdemokratischen Agitatoren, riesen die Scharfmacher. Das muß ausgenutzt werden! Und nun begann eine gewöhnliche Hege gegen die Löbtau Arbeiter. Der Baumeister Klemm wurde als ein Märtyrer der Staatsbürgerguten bejammert — und der entpuppte sich dann als ein gewalttätiger Mensch und arger Vauschwindler. Die Angeklagten aber wurden als die schändlichsten Verbrecher hingestellt, denen man nur deshalb ein gewisses Mittels spenden könne, weil sie von den bösen Moten verhehrt waren.

Und doch war nicht die Tat dieser Leute, sondern nur das Urteil des Schwurgerichts eine Frucht der Verhehung, einer Verhehung allerdings, die nicht erst damals eingeführt hatte, die vielmehr schon jahrelang von den Scharfmachern getrieben worden war. Damals nach dem Falle des Ausnahmegesetzes in einer Periode guter Konjunktur hatten Partei und Gewerkschaften große Fortschritte gemacht und das war den Reaktionen Grund genug zu Verleumdungen und Verfolgungen der Arbeiter. Ihren Niederschlag fand die Stimmung jener Kreise in den Neuerungen des persönlichen Regiments. Wilhelm begann damals seinen Feldzug gegen die Sozialdemokratie, die er „auf sich genommen“ hatte. Im September 1894 rief er auf „zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes“. Die Kerls im Reichstage machten leider einen biden Strich durch die schöne Umsturzvorlage. Ein Jahr später kam die Rede von „der Rolle von Menschen, nicht Wert, den Namen Deutscher zu tragen“, und jene von den „vaterlandstosen Feinden der göttlichen Weltordnung“. Dann tobte Ende 1896 der große Gafenarbeiterstreik, und auf den folgte die bekannte „Handlanger“-Rede, in der Wilhelm aufforderte, Deutschland von der Pest zu befreien, der Sozialdemokratie, die ausgerottet werden müsse bis auf den letzten Stumpf. Immer deutlicher wendet man sich von jetzt an gegen die Gewerkschaften. Im Jahre 1897 droht Wilhelm dem die schwerste Strafe an, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern, und im September 1898 kündigte er dann das unfertige Gesetz an, wonach jeder, der einen deutschen Arbeiter, der willig ist, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.

So war damals die politische Atmosphäre geschwängert von Wut und Haß gegen die Arbeiterbewegung. Das Dresdener Urteil war nur ein Ausfluß der allgemeinen Stimmung in den herrschenden Klassen. Sollte die vom Raume gebrochene Neuerung Bülows von den

regeln gegen die Sozialdemokratie nicht der Ausgangspunkt einer ähnlichen Hege werden können? Bülow ist vorläufig glatt abgefallen mit seinem Köder. Doch wer kann unseren Scharfmachern trauen? Aber, komme was da wolle. Wir sind gerüstet, und auch die Opfer werden wir zu tragen wissen. Aber wenn uns ein politischer Gudenliebweil oder ein Preizsechter der herrschenden Klasse von Gerechtigkeit fabelt, dann verweisen wir auf Löbtau, den häßlichsten Flecken auf dem schmuckigen Schilde der deutschen Massenjustiz.

Die erste Gartenstadt

In Deutschland.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Eine große Einfamilienhaus-Kolonie für Arbeiter wird demnächst in Münbergs Umgebung entstehen. Durch die „praktische Arbeit“ von Sozialdemokraten wurde im September eine Gartenstadt-Gesellschaft (E. G. m. b. H.) gegründet. Um es nicht als Parteiunternehmen erscheinen zu lassen, wurden auch bürgerliche Sozialpolitiker zur Mitarbeit herangezogen. Als vorläufiges Ziel ist gesteckt die Erbauung von etwa 1800 bis 2000 Einfamilienhäusern auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums. Der bayerische Finanzminister gab einer Abordnung der Gartenstadt-Gesellschaft die Versicherung, das nötige Baugeld aus dem Münbergs umgebenden Staatswald abzutreten. Sollte der von amtlichen Schätzern festgestellte Preis der Grundstücke für die Erndgaltung des Baues von Einfamilienhäusern zu hoch sein, so will der Finanzminister für die billige Abgabe von Staatswald die Genehmigung des Landtages einholen. Um aber zur Steuerung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit sofort mit den Arbeiten für die Gartenstadt beginnen zu können, hat sich der Finanzminister bereit erklärt, einen Teil der in Betracht kommenden Grundstücke zu einem entsprechenden Preise sofort abzutreten und dafür die nachträgliche Genehmigung des Landtages einzuholen.

Das nötige Baugeld zu einem niederen Zinsfuß soll von der Stadt, von der Versicherungsanstalt und von anderen Körperschaften, die an schönen, gesunden und billigen Arbeiterwohnungen interessiert sind, erbeten werden. Wohl sicherte der Minister des Innern, v. Brettreich, die Bezeichnung des bedeutenden Unternehmens zu neuem Zehnteln aus der bayerischen Landesfulturrentenanstalt zu. Diese Mittel sollen aber aus bestimmten Gründen nur für die zweite Hypothek in Anspruch genommen werden. Auch der bayerische Verkehrsminister bringt dem Unternehmen sehr großes Interesse entgegen. Er wird die Arbeiter und Beamten der Verkehrsanstalten veranlassen, keine eigenen Baugenossenschaften mehr zu gründen, sondern sich dieser Gartenstadt-Gesellschaft anzuschließen, wodurch die gesellschaftliche Absonderung der Staatsdiener verhindert werde. Die Staatsgelder für staatliche Arbeiterwohnungen fallen unter entsprechenden Bedingungen dann der Gartenstadt-Gesellschaft zu.

Daß die Einfamilienhäuser in jeder Beziehung musterhaft werden, ist selbstverständlich. Genossenschaftliche Einrichtungen aller Art, namentlich zur rationellen Führung des Haushalts, sind geplant. Die künstlerische Leitung des Unternehmens liegt vorläufig in den Händen des Professors R. Kemerschmid in München; ein Gutachter-Ausschuß, bestehend aus namhaften Künstlern, soll ins Leben gerufen werden. Auch Wendelin Weißheimer, der Komponist verschiedener Parteitagschöre, hat sich zur Mitgliedschaft in der Münberger Gartenstadt gemeldet. Er will dort seinen Wohnsitz nehmen und seine ganze Kraft dem Kunstziehungsausschuß zur Verfügung stellen.

Politische Ueberfahrt.

Die „Judiskretion Noke“, ein Vorfall von unbefreiblicher Nebenfächlichkeit, muß den bürgerlichen Blättern in Ermangelung besseren Stoffes immer noch zu aufgewärmten Entrüstungsfundgebungen dienen. Die „Presf. Ztg.“ setzt sich in die Postur des pugtigen Untersuchungsrichters und stellt peinliche Fragen an den Delinquenten, über welche Genoffe Noke mit einem höflichen Nicken zur Tagesordnung übergehen wird. Soweit die Angelegenheit überhaupt sachliches Interesse hat, führen wir das unwürdige Zeugnis der „Konservativen Korrespondenz“, also des parteioffiziellen Organs der Konservativen, an, um die geringe Verechtigung der Beschwerde zu demonstrieren:

Man wird zu eben müssen, daß diese Feststellung der sozialdemokratischen Fraktion (daß noch nie Judiskretionen begangen wurden), der Wahrheit entspricht. Auch ist in der Budgetkommission der Versicherung des Abgeordneten Noke, er habe keinen Bericht, in dem nur erwähnt sei, über welche Dinge der Staatssekretär des Innenministeriums, nicht aber welche Anstalt er erteilt habe, für einwandfrei gehalten, als er abwesend war. Wir werden gewiß nicht in den Fahren kommen, der Sozialdemokraten als Helfershelfer an die Seite treten zu wollen. Aber wir müssen uns abdrängen, der Wahrheit entsprechend, hervorzuheben, daß zwar der Abgeordnete Noke die Judiskretion insofern beging, als er dem sozialdemokratischen Parlamentarier den erwähnten Bericht

... hat die Verbreitung dieser Indiskretion zu Fall fällt. Denn soweit wir die sozialdemokratische Presse betreffen, haben wir darin keine Wiedergabe der Indiskretion gefunden.

Das Charakteristische ist vielmehr, daß der nicht sozialdemokratische Vertreter der „Neuen Freien Presse“ in Wien, Dr. Goldmann — nomen et omen — einen Anzeigenteil des sozialdemokratischen Pressebüros veranlaßt, ihm den Kostlichen Kommissionsbericht zu übergeben und daß er dann die darin enthaltenen vertraulichen Mitteilungen an das Wiener Blatt telegraphisch weitergab, alle, gegen die Interessen Deutschlands handelnd, sie an das Ausland verkaufte. Das ist der springende Punkt der Indiskretion, dessen prinzipielle Bedeutung nicht unterschätzt werden darf.

Bitte, Herr Dehler, haben Sie gefälligst Ihren Schritt auf dem Haupte des Herrn Goldmann ab, von dem die „Konservative Korrespondenz“ meint, daß sein nomen sein gutes omen ist. Sie werden die Gefährlichkeit Ihres turbulenten Waldmenschen gewiß einsehen. Wenn Sie nunmehr einem libidinalen Pressenrivalen alle die Schandthaten ungeschoben sehen, die Sie auf Koskes Haupt sammeln. Vielleicht denken Sie dabei an das schöne Wort: Wer anderen eine Grube gräbt.

Für höchst peinlich müssen wir es allerdings auch erachten, daß im eigenen Lager der Vorfall nicht überall nach sachlichen, sondern nach persönlichen Gesichtspunkten beurteilt wird. Die „Leipz. Volkstg.“ mußte sogar eine gelinde Schwelung machen, um sich und dem Naasches Bureau einen Vorstoß herauszubekommen zu können und auch bei der Beurteilung Lehmanns scheinen nicht überall sachliche Motive maßgebend gewesen zu sein. Solch ein Gaubium den Gegnern zu bereiten, hat man eigentlich keinen Anlaß.

Rechts und links sind die Blodfreunde haben die Schwierigkeiten der letzten Wochen, die Jermürnisse mit dem Kanzler und die Valgerieen um die Nachlasssteuer zu vermitteln und versetzen zu machen. Von Westpreußen her reicht ein gouvemementaler Graf die Friedenspfeife herum. Herr von Dohna-Rinkenslein, Vorsitzender des Vereins der Konservativen in Westpreußen, veröffentlicht nämlich in der „Kreuzzeitung“ eine Erklärung, daß die zwischen dem Fürsten Bülow und den Konservativen anlässlich der Rede des Kanzlers im Abgeordnetenhaus entstandenen Mißverständnisse beseitigt sind. Die Konservativen haben sich, so heißt es, überzeugt, daß der Fürst seine Rede nicht gegen sie richten wollte, wozegen der Kanzler nun wohl wissen dürfte, daß eine prinzipielle Opposition gegen seine ganze Politik oder gegen seine Verion den Konservativen ferngelegen hat. Der tiefere Grund dieser Veröhnungsaktion ist selbstverständlich die schon mitgeteilte Abschwächung der Nachlasssteuer, welche die ländlichen Großgrundbesitzer nahezu steuerfrei macht. Das hat Herr Dohna so schnell verstanden, daß er nunmehr dem Kanzler, dem er vor zwei Wochen noch das Guldigungsgramm verweigerte, nunmehr sein Vertrauen ausspricht.

Auf der anderen Seite sucht Herr Müller-Meinungen die Konservativen und Bülow halb durch Drohungen, halb durch Flehen und halb durch Zugeständnisse wieder zusammenzubringen. Die Drohung besteht in der Ankündigung einer gegen die Konservativen gerichteten Reichstagsauflösung. Er schreibt in der „Vösischen Zeitung“:

„Kommt die Finanzreform nicht zustande, so hat der Reichskanzler die verfassungsmäßige Verpflichtung, auf Grund des vorerlegten Generalplanes an das Volk zu appellieren — selbst wenn es einmal gegen eine obstruierte Rechte wäre: Freilich, dazu hat Fürst Bülow kaum die Lust und vielleicht auch nicht die Energie. Ein Wahlkampf unter dem Ruf: „Bannung des Reichsnot durch teilweise Besteuerung!“ hat für die Erinnerung etwas sehr Verlockendes. Nicht leichter, als auch die Verantwortung über die Stellung der Liberalen und Konservativen in dieser Hauptfrage anzustellen! Bisher fehlte es an dieser Auffklärung sehr!“

Man zweifelt zwar an Bülows Energie, will aber die „obstruierte Rechte“ doch an Möglichkeiten erinnern, die sehr unangenehm für sie werden könnten. Dazwischen drängt sich wieder der Zweifel, ob Bülow überhaupt noch lange in der Lage ist, seine liberalen Blodgenossen ans Herz zu drücken: Freilich, ob der Diegelwände noch lange den Elementen,

gegen die er seine letzte, vom Standpunkte der Parteien verfehlte Rede im preussischen Abgeordnetenhaus hielt, standhält?“ Da aber mit Bülow der letzte Notanker des blockierten Liberalismus in die Luft steigt, ringt sich Herr Müller-Meinungen noch ein Zugeständnis von der Seele. Er sagt mit Bezug auf die Nachlasssteuer:

„Nicht als ob der linke Flügel des Blods sich auf diese nicht übermäßig unpopuläre Art der direkten Besteuerung absetzte! Im Gegenteile! Eine gleich viel einbringende Reichs-Vermögenssteuer ist der Linken lieber; auch die Einführung der Einkommen- und Erbschaften in die bisherige Reichs-Verkehrssteuer erscheint weit besser, als die schlechte Kopie der englischen estate duty (Einkommensteuer), die in ihrer Unklarheit geradezu ein gefundenes Fressen für die demagogische Verheerung der bürgerlichen Bevölkerung durch den Bund bilden mußte!“

Der Fensel soll uns fassieren, wenn das nicht der erste sanfte Schritt zum Rückzug von der Nachlasssteuer ist, die den Liberalen bisher als „prinzipieller Bestandteil“ der Finanzreform galt. Ist erst die Erbschaftsteuer zu Fall geworden, würde die Vermögenssteuer erst recht, wir täuschen die Deftigkeit und waschen unsere Hände in Unschuld! Wer lebt, würde sehen. Also geben wir acht!

Polizeibentralität gegen die Wahlrechtsdemonstrationen. Dem „Berliner Tageblatt“ wird über das Verhalten der hannoverschen Polizei am letzten Wahlrechtssonntag noch geschrieben:

„Ueber das Verhalten der Polizei anlässlich der sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen herrscht hier nur eine Stimme der Entrüstung. Nach der übereinstimmenden Schilderung von einwandfreien, gegen den Verdacht etwa zur Sozialdemokratie zu gehören, geschickten Jungen war das Verhalten der Schutzmannschaft geradezu brutal. An einer Stelle, am Hotel Kallen, war die ganze Straßbreite durch eine starke Schutzmannschaft auch für friedliche Passanten gesperrt, jedoch es für jeden einigermaßen Einsichtigen festzustellen, daß es hier — selbst bei besterem Verhalten der Schutzmannschaft — zu ernsthaften Zwischenfällen kommen mußte. Als ein geistvoller Jung Sozialist diese Stelle passieren wollte, konnten sich selbstverständlich hier der eigentliche Demonstrationen, sowie die große Masse der Passanten und Rekruten. Am Ende eines vorausehenden Polizeibeamten hin zog die gesamte Schutzmannschaft — die Schutzleute trugen alle die Schutzkette unter dem Arm — Hand und hieb blindlings, ohne daß eine Aufforderung zum Aufeinandergehen oder Umkehren erfolgt wäre, auf die Nachschießenden ein. Eine ganze Anzahl Unschuldiger trug schwere Verletzungen davon. Die Schutzleute verletzten die Flüchtenden bis in die Häuser. Einem Manne, der sich mit dem Arm das Gesicht vor den Schüssen der Polizeikräfte schützte, wurde der Ellenbogen zertrümmert. Die Schutzleute ließen auf die Flüchtenden noch weiter ein, was auch daraus hervorgeht, daß viele Verwunden Verletzungen auf dem Rücken erlitten. Dabei haben die Demonstrationen nichts besonders Aufregendes an sich, auch die Teilnehmer waren nicht sonderlich erregt; es wurden jedoch auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht und wieder genommen.“

Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ weist noch darauf hin, daß es sich nicht um Ausschreitungen der unteren Polizeikategorie handelte, sondern daß die Maßnahmen zu diesem rücksichtslosen Vorgehen von oben gekommen seien.

Der „Parademarsch“ der Noten. Die frumbe „Kreuzzeitung“ jählen sich schon vor Kaisergeburtstage mit der Erfrischungspulle in Verbindung gesetzt zu haben. Einer ihrer Mitarbeiter schilderte in folgendem farbenprächtigen Stimmungsbilde eine Szene aus den letzten Straßen-Demonstrationen:

„Die mächtig alle Soldatennatur auch bei wackeligen „Genossen“, die sich zu Straßen-Demonstrationen gebrauchen lassen, noch wieder zum Durchbruch kommen kann, bewies eine Szene, die sich am Sonntag am Neuen See im Tiergarten abspielte. Es wird aus darüber mitgeteilt: Ein Trupp demonstrierender „Genossen“, der durch die Polizei von ihrem ursprünglichen Ziele abgelenkt zu sein schien, machte unter Singen sozialdemokratischer Lieder dem Neuen See Raum hatte der Dirigent der dort konzentrierenden „Kavallerie“ den Trupp mitgenommen, als er unter dem freudigen Beifall des Publikums von der Muff patriotische Weisen und preussische Armeemärsche intonieren ließ. Die marschierenden Demonstrationen wurden stumm — und es dauerte gar nicht lange, da zog sie im Rahmen Schritte des Parade-marsches nach den aus der Militärzeit ihnen vertrauten Klängen zur hellen Freude des anwesenden Publikums am See.“

genade dahin. Der bedrohende Schritt des Arbeiter-Vatillone hatte sich unter den Klängen der Weisen, deren Rauber für jedes alte Soldatenherz unendlich heilig ist, in einen regelrechten Parade-marsch verwandelt, an dem jeder Regiment-Kommandeur seine helle Freude hätte haben können.“

Der Mann ist reif, bei der Heilsarmee einzutreten, dort allein können seine schurrigen Belehrungsphantasien in gebührender Weise gelohnt werden.

Was Brot ich esse Ueber Unternehmerrückwärts im Ruhrkohlengebiet wird der „Liberalen Korrespondenz“ geschrieben:

„Vor einigen Tagen erschien auf der Seite „Graf Dens“ in Essen der Oberinspektor Holt in einer Konferenz der Beamten und hielt eine Ansprache — dem Sinne nach folgenden Inhalts: Bei der letzten Stadtverordnetenwahl hat ein Sozialer Zentrum gewählt. Wie haben bisher auf unseren Anlagen katholische und evangelische Beamte angestellt. Wir müssen aber verlangen, daß die Beamten dann auch die Partei unterstützen, die die Interessen der Grubenbesitzer vertritt. Da das Zentrum im Reichstag und auch bei anderen Gelegenheiten den Grubenbesitzern vollständig entgegenarbeitet, kann ich dem betreffenden Herrn nur raten, sich nach einer anderen Stellung umzusehen. Wie können auf keinen Fall dulden, daß er eine Partei unterstützt, die unseren Interessen entgegenarbeitet.“

Da sich dieser Wahlerrückwärts gegen Zentrumarbeiter lehrt, nicht gegen sozialdemokratische, wird auch die konservativ-kerikale Gruppe in Düssel die Verdrückung scharf mißbilligen. Es handelt sich um keinen Herrn Simon.

Erhöhung des Kaffeezolles. Das Gerücht von einer Erhöhung des deutschen Kaffeezolles beginnt greifbare Gestalt anzunehmen. An der Hamburger Börse rechnet man bestimmt damit, daß im Reichstage der Antrag eingebracht wird, den Kaffe Zoll um 20 Pfg. pro Kilogramm zu erhöhen. Heute ist das Kilogramm Kaffee mit 40 Pfg. Zoll belastet. Die Kaffeerhöhung wird also 60 Prozent betragen. Man begehrt diese Erhöhung damit, daß der Preis für Kaffee von 2 M. pro Kilogramm auf 48 bis 50 Pfg. gesunken sei, und daß deshalb eine Erhöhung des Zolles sich weniger sichtbar mache. Es ist vielleicht angebracht, schon jetzt darauf hinzuwirken, daß die nörrigen Kaffeepreise eine Folge der brasilianischen Ueberproduktion ist. Eine dort eintretende Misere kann sofort den Kaffeepreis wieder auf die alte Höhe hinaufziehen. Die Erhöhung des Kaffeezolles ist zuerst von der „Deutschen Tagesztg.“ angeregt worden und soll vermutlich eines der Kompensationsobjekte bei dem allgemeinen Steuerzuschlag bilden. Auch die „Schlesische Zeitung“ legt sich heute wieder für den Kaffe Zoll ins Zeug — sie ist bei jeder Schlechtigkeit dabei, die gegen das Volk verübt wird.

Ein Protest der niederrheinischen Oberbürgermeister. Der Oberbürgermeister Funk von Elberfeld teilte in der letzten Stadtverordnetenversammlung mit, daß der Verein niederrheinischer Oberbürgermeister, sowie der Vorstand des rheinischen Städtebundes an das preussische Ministerium, an das Abgeordneten- und Herrenhaus eine umfangreiche Eingabe gerichtet habe, damit der Plan der Regierung, den industriellen Städten den staatlichen Zuschuß an den Volksschulen zu entziehen, nicht zur Ausführung gelangt.

Oberbürgermeister Funk bezeichnet diesen Plan als unheilvoll und als einen Raubzug auf die industriellen Städte zugunsten des platten Landes, besonders Ostelbiens.

Eine preussische Verfügung, betreffend das Vereinsgesetz. Der Minister des Innern hat eine Verfügung erlassen, wonach die Genehmigung von Aufzügen der Schützengilden, Studenten und Kriegervereine ohne weiteres die Erlaubnis zum Tragen von Waffen in sich schließt. Die Frist zur Einholung der Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel wird von 48 auf 24 Stunden herabgesetzt. Als Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel soll es künftig nicht angesehen werden, wenn sich an einer im geschlossenen Raume abgehaltenen Versammlung einige außerhalb dieses Raumes befindliche Personen beteiligen oder wenn eine Versammlung, die in einem geschlossenen Raume zusammengetreten ist, ihre Verhandlungen in einen damit zusammenhängenden, nach außen abgeschlossenen Hof oder Garten verlegt; eine solche Verlegung darf sogar vor der förmlichen Konstituierung der Versammlung erfolgen. — Das ist allerdings nichts Neues.

Militärbojott ist erlaubt. In Hanau hat die Militärbehörde, die bisher schon gegen alle Wirtschaften, die der Sozialdemokratie zur Verfügung standen, in rigoroser Weise vorging, den Bojott auch auf die Gewerkschaften ausgedehnt. Am 2. Februar wurde der Bojott über ein Restaurant verhängt, das den Gewerkschaften offen steht. Gleichzeitig wurde der Bojott über die Volksvorstellungen im Stadttheater ausgesprochen.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Axel von Salfel.

167

19.
„Ohne es zu wissen und zu wollen, bin ich mit Sachtem“, wie sie hier zu Lande sagen, vom Souffleur zum Regisseur unserer Frau Direktorin gelangt. Es mußte so kommen. Der offizielle Regisseur ist natürlich ein Ochs, und eine Dame, mag sie noch so rejuviniert sein, bedarf in hundert Jahren männlicher Unterstützung. „Hörst du“, ist freilich gelaut, ruhig an meinem rechten allen Standorten zuzuhören, nur zu reden, was im Auge liegt, und mich in die oft so jämmerlichen Hände nicht einzumischen. Aber wenn's zu arg wird, mag der Herrler still bleiben, und wenn die Dummheit sich gar zu breit macht, fährt man ihr endlich doch über's Maul, trotz dem besten Vorsätze, das eigene zu halten. Sie protestieren. Die Hände auf Maria-Kulm! Zufälligerweise hatte ich die Rollen nicht ausgeschrieben; aber vielleicht auch war's kein Zufall gewesen, sondern der Herr Regisseur hatte absichtlich einem kühnen Knaben die Arbeit anvertraut, weil er sich vor meinen Handgelenken fürchtete. Selbst ist nicht geschämt. Gleich in den ersten Szenen erkannte ich den Vogel an seinen Federn und dachte an verschiedene Rollen mit lauten Schreien heraus über den Bühnenplan. Der Regisseur wollte mich zur Rebe und hieß mich meiner Pflicht nachkommen. Das machte mich glücklich. Und ich erklärte, daß kein Mensch auf Erden verpflichtet werden könne, solches Zeug zu verdammen. „Wir wissen auch ohne Sie“, sagte der große Diegel, „daß dies Best nicht ein Reformer ist, doch es wird auf allen Bühnen gegeben, weil es dembare Rollen enthält und Effekt macht.“ — „Nag es gegeben werden, wo es will, und mag es liberal Besatz finden“, sagte ich zurück, „das beweist höchstens die Schwärmerei unserer Theater und den Unverstand der Menge. Solche Schätze können nicht gut sein, bis auf einen gewissen Punkt, und ich hoffe, daß es ein wenig sonderbar ist, wenn wir gar keine Reformer mehr von Ihnen hergehört. Aber es gibt eine Grenze zwischen letzter Dummheit und letzter Weisheit, und zwischen dem Komödianten, wie ihn etwa ein besonnenes Theater zusammenstoppeln könnte. Es ist mir vieles passiert, was ich dem hoch verdanke, weil ich einsehe, daß es nicht anders geht, und daß wir nehmen müssen, was auf den Markt kommt. Die Hände auf Maria-Kulm zu werfen, so weit reicht meine Kraft des Glaubens nicht. Ich bin der von mir. Und wenn der Reformer kommt, werden sie...

ihren Hände zum Schander aller vernünftigen Menschen herunter zu ziehen. So tun Sie's gefälligst ohne mich!“
„Unterdessen war Madame Keiner dazu getreten und redete mir glücklich zu. „Kein“, wiederholte ich, „haben Sie mich aus dem Engagement, mit mir's ganz gelegen. Sumter Kaugerlin und Jungfrau Bibiana und Herrn Händerhauptmann Kuff bebiene ich unter keiner Bedingung. Schröder und Pfiffand müssen sich in ihren Gräbern umdrehen, wenn ich's täte!“
„Aber lieber Leib“, sprach die verlegene Direktorin, „sogar die große Schröder, die Sophie Schröder, ist als Bibiana aufgetreten; ich habe sie selbst darin gesehen.“ — „Deshalb schammer für Sophie Schröder, Madame; ich bleibe bei meiner Weigerung. Wie gesagt, es gibt für alles eine Grenze, sogar für die Gebuld eines selbst verachtenden Souffleurs. Bis zu Herrn Kuno reicht sie nicht. Entlassen Sie mich!“
„Aun wohl“, sagte die gute Frau, rasch entschlossen, „so will ich Sie für heute entlassen; Sie haben einen Abend zum Ausruhen reichlich verdient, waren sehr angestrengt. Entlassen Sie sich. Die Hände auf Maria-Kulm will ich konfirmieren.“
„Sindem ich Madame Keiner nichts Wichtigeres, ohne sich vorher mit mir darüber zu besprechen, und Herr Regisseur möchten mich umbringen. Weil er jedoch keine Courage hat und weil er bemerkt, daß ich meine Schwärze auf dem Schlachtfeld geübt habe, geht er mir kühnend aus dem Wege.“
20.
Jedes Ding währt seine Zeit. Da sind wir nach einem hübschen und langen Waffentüscheln nun doch auseinander, meine Direktorin und ich. Und wie immer.
Ich bin ganz gern abgegangen. War des leeren Getreides, was in dieser Verhältnisse doch zu keinem genügenden Erfolge führen kann, herzlich müde und habe die lästige Bürde eines Dramaturgen fremdlich, nicht leidlich niedergelagt.
Die Urache unseres letzten Zwistes will ich niederschreiben. Sie ist lehrreich.
Es fand sich ein etwas verschämter Tischlergeselle am Orte ein, der sich in Gassenhäufern unverschämlich und lästige Gesellschaften durch allerlei Späße unterhielt. Professor Franke sprach mir von ihm mit großer Bedeutung und hieß sein Geschick, welches sich vorzüglich in glücklicher Nachahmung bekannter Dresdener Akten geltend machen sollte. Ich ließ mich bewegen, eines Abends nach dem Schauspiel mitzugehen. Die Anwesenden erkannten mich gleich, wie wir eintraten, und weil ich für eine Autorität gelte, trotz meiner gebühten Postur im Rücken, herrschte man einige Spannung, wie ich die Gassenhäufern Anstände antworten würde. Nun will ich erzählen, daß dieser Mensch mich froppierte. Nicht bloß seine Kopien waren tänzelnd ähnlich, sondern man die nachgeahmten Schauspielere wirklich sprechen zu hören vermeinte. . . . auch andere selbsterfindende kleine Szenen, die er in beschriebenen leicht gewechselten Verkleidungen aufführte, waren beifällig. Franke zeigte sich ganz verblendet von seiner Virtuosität und stellte beim Nachhausegehen die Behauptung auf, dies sei ein theatrales Genie. Nicht allein, daß ich darin widersprechen mußte, ich konnte nicht umhin, die Richtigkeit ähnlicher Schwärze im allgemeinen anzufügen. „Sie sind recht brauchbar“, sagte ich, „um eine lauffähige Versammlung in der Schenkstube zu kurzweilen, aber sie beweisen nicht das geringste für den Schauspielbereich, den Sie produzieren. Es ist mir im Gegenteil sehr wahrscheinlich, daß dieser Tischler, hätte er die kleinste Rolle vorzutragen, wie ein ungehobelter Geselle dastehen und seine wenigen Worte albern herbstöckeln würde. Ob's es noch eine improvisierte Komödie, deren mein verstorbenen Pflegenater bisweilen Erwähnung tat, wenn er von den Einbrüchen seiner Kinder erzählt, dann war's es vielleicht möglich, solchen Spasmacher für possenhafte Einschübel zu verwenden, wo er schwachen dürfte, was ihm gerade in den Sinn kommt. Für dergleichen Entempores mag er einige Begabung besitzen, obwohl völlige Unbildung aus ihm gerade in den Sinn kommt. Für dergleichen Entempores der Autor ihnen vorzuziehen, sind solche Fagenmacher ein für allemal unfähig. Und von nur eckiglicher Durchführung eines Charakters kann bei denen nie die Rede sein, welche Routine erworben haben, zehn Personagen hintereinander überleben zu lastieren. Sie verhalten sich zu wirklichen Schauspielern, wie die Affen zu anderen wichtigen selbständigen Geschöpfen.“
Mein Begleiter schalt mich einen mit Vorurteilen behafteten, in veralteten Kunstgesinnung besessenen Komödianten. Ich versicherte ihn, daß er mir gar keine größere Schmeichelei sagen könne. Das verdroß ihn. Er gab mir zu verstehen, meine Abneigung gegen diese Geschicklichkeiten, die doch auch ihre Berechtigung hätten, müsse tiefer sitzen und rühre wahrscheinlich noch aus meiner Schauspielzeit von der Posamischen Kruppe her; sei mehr gegen einen jetzt hochberühmten Namen, als gegen den unfähigen Tischler gerichtet. Das verdroß mich! Wir trennten uns verstimmt. — Es ist so schwierig, über Dinge, die man genau versteht, mit Personen zu streiten, welche nichts davon verstehen, und übrigens aber an Wissen überlegen sind. Deshalb macht mich jede Diskussion über's Theater scharf und bitter. Deshalb hatte ich bisher vertrieben, mit Franke hier ins eigentliche Schauspielwesen einzugehen; und ich bedauerte sehr, gerade ihm manchen aus meiner Komödienzeit anmerkend zu haben.

Rein Begleiter schalt mich einen mit Vorurteilen behafteten, in veralteten Kunstgesinnung besessenen Komödianten. Ich versicherte ihn, daß er mir gar keine größere Schmeichelei sagen könne. Das verdroß ihn. Er gab mir zu verstehen, meine Abneigung gegen diese Geschicklichkeiten, die doch auch ihre Berechtigung hätten, müsse tiefer sitzen und rühre wahrscheinlich noch aus meiner Schauspielzeit von der Posamischen Kruppe her; sei mehr gegen einen jetzt hochberühmten Namen, als gegen den unfähigen Tischler gerichtet. Das verdroß mich! Wir trennten uns verstimmt. — Es ist so schwierig, über Dinge, die man genau versteht, mit Personen zu streiten, welche nichts davon verstehen, und übrigens aber an Wissen überlegen sind. Deshalb macht mich jede Diskussion über's Theater scharf und bitter. Deshalb hatte ich bisher vertrieben, mit Franke hier ins eigentliche Schauspielwesen einzugehen; und ich bedauerte sehr, gerade ihm manchen aus meiner Komödienzeit anmerkend zu haben.

Bei den bisherigen Vorlesungen sollte die Mittelabgabe mit 1000
wurde jetzt verboten. — Bei solchen Verfügungen entsteht natürlich
kein Terrorismpöbel.

Mitgliederliste in bayerischen Flottenverein. In der
Generalversammlung der Münchener Division des Deutschen
Flottenvereins wurde festgestellt, daß die Zahl der Mitglieder im ver-
flohenen Jahre von 1488 auf 1818 und im Verlaufe des Jahres
Oberbayern von 4106 auf 2793 zurückgegangen ist.

Ueber die Entstehungsgeschichte der „Früher-Depesche“
(siehe gestrige Nummer) berichten noch die „Berliner Neuen Nach-
richten“, daß das Telegramm, d. h. seine schriftliche Aufzeichnung,
im Refektor des damaligen Reichskanzlers entstanden ist, unterliegt
gar keinem Zweifel, aber die Anregung dazu ging vom Kaiser aus
und seiner Initiative folgend, hat der damalige Kolonial-
direktor Papler den Wortlaut entworfen, an dem dann der Staats-
sekretär v. Warlich noch eine wesentliche abschwächende Änderung
vornahm. Das „B. Z.“ will wissen, daß eine amtliche Auf-
lassung darüber zu erwarten ist, wie die Depesche entstanden ist.
Uebriens habe die Regierung das Telegramm nicht abgelehnt und
seine Abfindung als Regierungsakt verantwortlich gebedt.

Politiker und Geschäftsrückfälle. In einigen bürger-
lichen Blättern, so auch in der „Kreuzzeitung“, wird darüber gelaugt,
daß die Reichsstaatsverhandlungen durch das Ausbleiben der Verbands-
leiter und Funktionäre von Berufs- und Interessensverbindungen
überaus in die Länge gezogen werden. Die Zahl der Interessen-
Verbände wird immer größer und die Direktoren und Sekretäre des-
selben haben dann immer das Bestreben, ein parlamentarisches
Mandat zu erhalten. Wörtlich heißt es dann: „Die Verbands-
sekretäre treten in der Regel mit einem imperativen Mandat in den
Reichstag ein, sie wärfen das Mandat aus, wenn ihnen ihre
Stellung im Verbands lieb ist.“ — In gewissem Sinne trifft das
zweifellos zu: Die bürgerlichen Parteien entsenden in der Regel
Interessenten in die Kommission; so hatten die Konsumvereine
zur Beratung des Brauntweinmonopols, in die Steuerkommission
solche Abgeordnete entsendet, die selber Brauntweinbrenner sind oder
fast an den Brennerien beteiligt sind. Die Direktoren des Bundes
der Konsumvereine, Dr. Egan und Dr. Kesside, erhalten eine
sicherliche Tätigkeit im Interesse des von ihnen vertretenen Bundes.
Auch der Dr. Kesside ist Vorsitzender von einer Kommission
in die andere — denn jeder Kommission, in der agrarische Inter-
essen in Frage kommen, gebt er an — hält schnell da und dort
eine kurze Rede, um sich dann schleunigst wieder zu entfernen und in
einer anderen Kommission wieder anzutreten. Einer der be-
kanntesten Interessentenvertreter ist der nationalliberale Abgeordnete
Dr. Straßmann, der sein parlamentarisches Mandat so ziem-
lich ausschließlich dazu benutzte, die einseitigen Interessen des Schach-
macherverbandes zu vertreten, bei dem er als Syndikus angestellt ist.
— Es sei nur an sein Ausbleiben erinnert, bei der Beratung der Ab-
änderung der Gewerbenovelle, wo er mit aller Entschiedenheit eine
eigene weitere Erleichterung des Vorkes arbeitenden Frauen sich wendete.
— Von politischer Ueberzeugung kann bei diesen Interessentenvertretern
in der Tat nicht in erster Linie die Rede sein.

Die Men- und Wiederbegegnung von Diplomaten. Staats-
sekretär von Schoen hat eine Notizen des auswärtigen Amtes zu-
gesagt, aber dabei eine Auffassung vertreten, die es sehr wahrschein-
lich erscheinen läßt, daß aus der Reform nicht viel werden kann. Im
„Berliner Tageblatt“ wird das Beispiel der englischen Diplomatie
vorgeführt. Dort fragt man bei den Diplomaten nicht nach ihrer
Herkunft, sondern nach ihren Fähigkeiten. Ein Mann wie James
Bruce, der englische Gesandte in Washington, der sogar den Orden
Pour le merite erhalten hat, hätte es in Deutschland wohl kaum bis
zum Legationsrat gebracht; denn er ist der Sohn eines Tischlers,
der sich unter g oßen Entbehrungen von selbst einvoorgearbeitet hat
und nun den wichtigen Posten eines englischen Vertreters bei den
Verbindungen Staaten von Nordamerika bekleiden kann. Vermutlich
wird Herr von Schoen einige eifrige nationalliberale Herren einzelnen
Vertretern als Handelsfachverständige attachieren und sobald nur erst
einige Leute aus dem zahlungsunfähigen Kaufmannsstande in solche
Stellen einrücken, dann werden die bürgerlichen Parteien dollant be-
friedigt sein. — In der Zukunft an das freisinnige Blatt wird noch
daran erinnert, daß bei der Hofkapelle in London seit 1906 ein land-
wirtschaftlicher Sachverständiger tätig ist, der als Spezialität die Vieh-
fütterungslehre in England studiert. — Herr von Schoen hat jeden-
falls gesagt, daß er es versteht, den bürgerlichen Parteien nach
Kräften um den Part zu gehen; selbst die unwesentlichsten Dinge
bescheidet er mit dem Scheiter des Geheimnisvollen; jeden Reform-
vorschlag schreibt er eifrig auf, an Besprechungen läßt er es nicht
fehlen. Schließlich werden einige bürgerlichen Kongressanträge
an solchen Stellen in den diplomatischen Chor eingestellt, wo sie
nichts zu sagen haben und die Mehrheit des Reichstages wird dann
überzeugt sein, in dem Herrn von Schoen einen Staatssekretär zu
haben, der den Wünschen des Volkes Rechnung trägt.

Folgen der Krise. Infolge des Rückganges der Frachtkritter-
besoldung ist man in Bayern gesonnen, sonst regelmäßig ver-
kehrende Rüge bis auf weiteres auszuhalten.

Island.

Die Duma zum Falle Azew-Opuchin.

Aus Petersburg, 2. Februar, meldet das „B. Z.“: Die
Duma beschäftigte sich am Montag mit der Interpellation über
den äußerst bewickelten Fall Azew-Opuchin. Die Frak-
tionen der Duma brachten eine zum großen Teil auf den von
den Revolutionären des Zentralkomitees in Paris veröffentlichten
Mittelungen gegründete Interpellation ein, in der sie fragen,
ob der Regierung die Teilnahme Azews an einer
Reihe terroristischer Akte bekannt war, und was der
Minister des Innern zu tun gedenkt, um in Zukunft die Teil-
nahme von Agenten der Regierung an terroristischen Handlung-
gen zu verhindern.

Die Ministeressel fanden aber alle leer,
so daß die Duma nur die Frage behandelte, ob die Interpel-
lation dringend oder nicht dringend zu behandeln sei. Po-
trowski (Sozialdemokrat) trat für die Dringlichkeit ein und
betonte, daß in diesem Falle das alte System der regierungs-
seitigen Provokation vorliege. Die russische Regierung liege jetzt
jeher mit einer gewissen Routine allerlei Behörden, Departement-
s und Personen zur politischen Spionage heran. Im Falle
Azew erscheine eine grobe Provokation jener Art, wie die Re-
gierung sie seit langer Zeit betreibt, um ihre Politik durchzu-
setzen. Zu diesem Zweck inszenierten Beamte Attentate
aller Art, bei denen völlig unschuldige Men-
schen ums Leben kommen. Potrowski belegt diese
Behauptung durch eine Reihe von Beispielen. Ein Polizeibe-
amter in Wladivostok habe dieser Provokationspolitik ge-
treu sogar ein Attentat gegen sich selbst inszeniert. Die Re-
gierung lasse dann ihre „Schafale“ los, und die Vorpiegelung
einer Revolution sei gelungen. Wie weit Azew an diesen Akten
beteiligt ist, darüber solle die Regierung der Duma Auskunft
geben. Deshalb trete die sozialdemokratische Fraktion für die
Dringlichkeit der Interpellation ein. Die Regierung solle die
Dringlichkeit erklären, ob sie eine beratende Provokation, an
welcher sich die höchsten Beamten beteiligten, dulden wolle oder
nicht.

b. Kurep (Obdrist) wendet sich gegen die Dring-
lichkeit des Antrages. Es sei durchaus verständlich, daß sein
Vorbereiter die Dringlichkeit des Antrages unterschätze. Das Kom-
itee der Sozialrevolutionäre habe durch den Fall Azew eine

gewaltige moralische Niederlage erlitten, die man
jetzt dadurch wettzumachen suche, daß man Märchen erzähle,
an denen nichts Wahres sei; wenn das Komitee der So-
zialrevolutionäre Azew als Attentäter hinstelle, so sei dies nicht
war, wohl aber habe Azew eine Reihe von Uebertäuten, Er-
hebungen und gemeinen Verbrechen inszeniert und seine Kamer-
aden der russischen Regierung für Geld verkauft. Vor
einer Partei, an deren Spitze ein gemeiner Verbrecher stehe,
könne man keine Achtung haben. Es sei kein Wunder,
wenn sich in ihrer Mitte viel Schmutz finde, der nun nach
allen Seiten spritze. Wenn sich irgendwelche Eiterbeulen am
russischen Staatskörper befänden, so sei es Sache der Regierung,
den Sachverhalt aufzuklären. Die Obdristen seien gegen die
Dringlichkeit der Interpellation.

Bergament (Radetz) unterschätzt die Dringlichkeit des
Antrages und verurteilt im Namen seiner Partei das System,
das die Regierung seit Jahren handhabe. Das seltsame Dop-
pelspiel Azews, der sowohl Agent der russischen Geheimpolizei,
als auch Mitglied des Komitees der Sozialrevolutionäre ge-
wesen sei, lasse die russische Regierung in einem äußerst zweifel-
haften Lage erscheinen. Die Regierung habe über den Fall
Azew im Laufe einer Woche zwei einander völlig
widersprechende Mitteilungen veröffentlicht. Die eine
sage, daß alle über Azew verbreiteten Nachrichten erfunden seien,
die andere, Azew sei ihr Agent gewesen, und sie habe ihn
durch Indiskretionen Popuchins verloren.

Von dem Obdristen Berche wird die Dringlichkeit als
überflüssig erklärt, weil in diesem Fall eine ruhige Be-
ratung der Angelegenheit in der Kommission besonders befür-
wortet werden könne.

Bei der Abstimmung schließt sich die überwiegende
Mehrheit dem Antrage Berches an. Danach wird die Interpel-
lation erst in zehn Tagen eingebracht, und die Regie-
rung hat binnen Monatsfrist Antwort zu ge-
ben. Wenn die Regierung die ganze ihr zur Verfügung stehende
Frist auch nicht auszunutzen wird, so ist doch ein gewisses Sin-
zählen sehr wahrscheinlich.

In der heutigen „Gymnastik“ wiederholt der russische Re-
volutionäre Dutschew neuerdings seine Anklage gegen den Chef
der Petersburger Sicherheitspolizei Radtschlowitz. Dutschew
weist nach, daß die Erinnerung Bichwes ein persön-
licher Kachakt Radtschlowitz gewesen ist.

Eine neue Uebersetzung Desterreichs und Deutsch-
lands. Aus Wien meldet die „Frankf. Zeitung“: Von ihrer
Uebersetzung über den russischen Vorschlag für eine Verständigung
zwischen der Türkei und Bulgarien hat sich die hiesige
Diplomatie ein wenig erholt und trägt das wahrscheinlich Unver-
meidliche mit Fassung. Die offiziellen Äußerungen sind auf einen Ton
gestimmt, daß die Türkei vielleicht doch bares Geld zur Lösung
alter Schulden vorzieht. Bulgarien habe keinen Grund, sich über
die russische Bevormundung zu freuen und daß Europa sich kein Ur-
teil bilden werde über das Manöver Bichwes, der erst mit einer
Birkulantenote die Mächte zu gemeinsamen Schritten veranlaßt um
dann hinter dem Rücken Deutschlands und Dester-
reich-Ungarns einen Streich auszuführen, der nur
den Zweck haben könne, Desterreich bei Bulgarien auszusuchen. Aus den
sauerlichen Äußerungen über man leicht den Unterton des Verdrußes
über die gelungene Uebersetzung. Es wird hier als zweifellos
betrachtet, daß die Sache zwischen Russland, England und Frankreich
und auch Italien abgemacht worden ist, ohne daß Deutschland
und Desterreich eine Ahnung davon erlangte. Dieses Vorgehen wird viel-
leicht das Verhältnis der Mächte neuerdings erschüttern. Vorläufig
hat jedenfalls Russland einen Erfolg über die österreichische Diplo-
matie davongetragen.

Die bulgarische Regierung hat, den russischen Vorschlag einer
Bulgaren zu gewährenden Anleihe im Betrage von 20 Millionen im
Prinzip angenommen, zugleich betreffs der Durchführungsbedingun-
gen eine Reihe von Bedingungen aufgestellt. Man weiß noch
nicht, ob die Anleihe mit dem russischen Finanzminister oder einer
Bank und zu welchem Emissionskurse sie abgeschlossen werden soll.

Der österreichische Sprachengesekzentwurf wurde im
Abgeordnetenhaus eingebracht und vom Ministerpräsidenten Baron
Blenkerth kurz begründet. Schon während seiner kurzen Aus-
sicherungen begannen die tschechisch-Radikalen mit großen Ärm-
selnen. Der Abgeordnete Choc hatte sich eine Fahradglocke mit-
gebracht und läutete ununterbrochen. Der Abgeordnete Riß pfiff
auf einer Pfeife und setzte mit der andern Hand eine Anarre
in Bewegung. Trotzdem gelang es ihnen nicht, den Minister-
präsidenten zu hören.

In seiner Rede führte der Ministerpräsident Frhr. v. Ste-
neritz unter anderem folgendes aus:

Wir stehen an einem überaus ernsten Wendepunkt.
Es muß sich entscheiden, ob der nationale Zwist in Ödmen,
der auf das gesamte österrische Leben Desterreichs wie ein Alp
drückt, und nicht nur das politische Getriebe, sondern bereits
Handel und Wandel und die bürgerliche Arbeit sich über-
drikt, sich wie eine ewige Krankheit fortzuleben soll, oder
ob wir seiner wenigstens soweit Herr werden können, daß eine
ungestörte Verwaltung und ein dauerndes wirtschaftliches Auf-
blühen der Parteien in Parlament und Regierung ermög-
licht wird. In der Ueberzeugung, daß nur ein Gesetz Friede-
n bringen kann, und daß Arbeit und Ueberzeugung des
Gesetzes an die Stelle von schwankenden Verordnungen und will-
kürlicher Interpretation treten muß, ruft die Regierung die Ge-
setzgebung als unauferheblichen Schiedsrichter auf, indem sie zu-
nächst die Begrenzung des strittigen Stoffgebietes dadurch ver-
sucht, daß sie das Allerdringende herausgriff, was
gleichzeitig das Allererste ist. Denn die Fragen, was
es sich in den vorgelegten Gesetzentwürfen handelt, sind zur
Entscheidung wirklich reif. Es gibt keine unzersehbaren Gegen-
sätze mehr. Es bedarf nur des Nutes zum Frieden, um die-
ses erste Ziel zu erreichen. Die Vorlagen der Regierung
bilden sozusagen die ganze Bilanz der bisherigen
nationalen Kämpfe in Ödmen. Sie beruhen auf
dem gesamten Ergebnis der bisherigen Annäherungsversuche zwi-
schen den nationalen Parteien. Da, wo sich noch eine Lücke
fand, suchte die Regierung selbst die rechte Mitte, um zu er-
mäßigsten, daß die Parteien auf dem Boden des gemeinsamen
Interesses zum Wohle des Ganzen endlich sich die Hände rei-
chen. Die durch die Gesetze angeordnete Regelung wird unter
allen Umständen besser sein, als die bisherige Regellostigkeit. In-
mittlen einer von Gefahren immer noch nicht freien interna-
tionalen Lage und angesichts grobhartiger, von der Bevölkerung
sehnlichst erwarteter gesetzgeberischer Aufgaben brauchen wir
heute mehr denn je eine Zusammenfassung aller erhaltenden und
schaffenden Kräfte im Parlament, die am höchsten erreichbar
werden würde durch unmittelbare Mitwirkung der Parteien an
der Regierung.

„Es ist klar“, so schloß der Ministerpräsident seine Rede,
daß die parlamentarischen Parteien, die durch Herstellung des
nationalen Friedens sich so große Verdienste erworben haben,
auch ihren Anspruch auf unmittelbare Mitbestimmung des Staats-
willens begründet haben. Wird dieser Erfolg erreicht, so wird
in diesem Sinne das allgemeine Wohlbefinden

Uhr, den österrischen Ödmen zum Nutzen und dem Vater-
lande zum Segen gereichen“. Lebhafter Beifall und Hände-
klatschen.

Partei-Angelegenheiten.

Aus dem Lebenslauf der Natalie Liebknecht folgt die
„Frankf. Volksz.“ folgende Erinnerungen an:
Liebknecht erste Frau stark ihm bald; er durchlebte mit ihr
die schmerzreiche Tragödie einer ersten Jugendliebe. Im Juli
1888 aber vermählte er sich mit der Damaskinerin Natalie
Reb, einer Verwandten des hiesigen Freiheitskämpfers der
dreißiger Jahre, des Pfarrers Weidner, der Tochter des Polizeirath-
abvolaters Reb, der in der Frankfurter Nationalversammlung Offen-
bach vertrat. Als Erzieherin von Liebknechts beiden Töchtern aus
erster Ehe und der fünf Söhne, die sie ihm gebar, begleitete sie ihn
trotz aller Kämpfe und Sorgen seines wechselreichen
Lebens. Man kann beinahe sagen, daß sie unter „Alten“
mit seinem goldenen Kinderemal befreundete. Als man
Liebknecht unter Sozialisten aus Leipzig auswies,
musste er zwei Stunden von der Stadt entfernt, jenseits
der Grenze des Reichs, in einem belagerten Lagerhaus,
in einem halberfallenen Landhaus in Borsdorf wohnen.
Natalie blieb der Kinder und ihres Schulbesuches wegen mit sehr
knappen Mitteln in Leipzig. Jeden Sonntag aber gab es dann mit
anderen Leipziger Genossen eine köstliche Wanderung zum Vater-
haus und ein in inniges Familienleben, das mancher Bürgerliche,
der über die sozialistische „Berührung der Familie“ schimpfte, sich ein
Muster daran hätte nehmen können. Natalie Liebknecht half dann
unserem „Alten“ nach seiner Anstellung in Berlin seit 1890 die
neuen Lebensverhältnisse einrichten und begleitete ihn jetzt stellenweise
wohl auch auf den g oßen Agitationsreisen. In der Haupt-
sache aber blieb sie auch jetzt während der häufigen Abwesenheit ihres
Mannes der Mittelpunkt der Familie. In der feinen und sorgenden
Natur der Mutter fanden die Kinder einen Ersatz für den Verkehr
mit dem Vater, der ständig als Soldat und Vorposten draußen im
Kampfe stand. Die Söhne, die alle sollten würdig ihres Vaters
werden — das war der erzieherische Ehrgeiz der Verstor-
benen, und sie widmete sich diesem Werk mit der ganzen
Bühnlichkeit der ehrgeliebten Mutter. So sind sie denn unter Ent-
behrungen und Kämpfen der beiden Ältern, Juristen, Chemiker,
Nationalökonom geworden. Um an das Grab der Mutter zu
eilen, wird ja wohl jetzt Karl Liebknecht, der zweidritte, aus der
Festungshaft beurlaubt werden, aus der man ihn nicht ließ, so-
lange er sein Mandat als Volksvertreter ausüben wollte. . . .
Auch schriftstellerisch hat sich Natalie Liebknecht betätigt. Sie war
Mitarbeiterin der ersten Jahrgänge der „Neuen Welt“, und sie
überlebte den Roman des Engländers Disraeli, Sybil, für jene
heute schon Volksausgabe, die seitdem die deutschen Arbeiter tausend-
fach mit der gelungenen Schilderung der Charitenkämpfe bekannt
gemacht hat.

Jetzt ist auch diese Mitkämpferin, die treue Genossin eines
reichen Lebens, dahingegangen. Das Protokoll wird sie über
ihren Grab hinaus verheeren als das Mutter einer Frau, die Gattin,
Mutter und Sozialistin im besten Sinne unter den schwierigsten Ver-
hältnissen sein konnte!

Arbeiterbewegung.

Ein neuer Streik der Seiden. Der „Nationale
Arbeiterfreund“ für Kiel und Umgegend von 1908 hat, wie die
„Kreuzzeitung“ mitteilen kann, an den Staatssekretär v. Tirpitz eine
Eingabe erichtet, in der um Schutz gebeten wird gegen den Terroris-
mus der Sozialdemokratie. Die Herren verlangen, der Staats-
sekretär möge verfügen, daß in den Reichsmarinebetrieben keine Mitglieder
der freien Gewerkschaften oder Mitglieder sozialdemokratischer Vereine
in Arbeit genommen werden dürfen. — Zur Begründung wird dann
erzählt, daß die organisierten Arbeiter jeden Kleinantritt, und jeden
Verleitung, der seine Lehrszeit beendet hat, zum Beitritt in die freien
Gewerkschaften veranlassen. Mit den Seiden weigern sich die frei-
organisierten zu sprechen, ihnen Handreichungen zu leisten
oder ihnen etwa mit besonderem Werkzeuge zu helfen. Weiter
sollen die freionorganisierten Arbeiter so weit gehen, daß sie die Arbeits-
produkte der Seiden beschlagnahmen. Einem Maschinenbauer, der sich
weigerte, dem Verband beizutreten, sei der Werkengasten entzogen
worden, und als er dann auf den Rat der Seiden der Gewerkschaft
beitrat, erhielt er sofort das gefohlene Werkzeug wieder zurück, dar-
unter Stühle, die ihm garrecht gehört hätten. Am Schluß liegen
die Seiden in ihrer Eingabe, daß im Falle eines Krieges sozial-
demokratische Arbeiter eine Gefahr für das Reich seien, beweise der
russisch-japanische Krieg, wo die Sozialdemo-
kraten Sand, Fellspäne und Nägel in die Lager
der Schanzentwässerung gebracht und dadurch die
englische Flotte manövrierunfähig gemacht
hätten, weil sämtliche Lager der Schießmaschinen
wärmeliefen und dadurch das Anlaufen nach Dis-
assen um Monate verzögert wurde.

Diese widerwärtige Denunziation dürfte im Reichstage ge-
bührend bestritten werden. Es ist ein sattemer Riß der Seiden,
ihre notorische Leistungsunfähigkeit durch Wohlthätigkeit ausgleichen zu
wollen. Deshalb auch hier der Hinweis, auf die Gefährlichkeit der
Sozialdemokratie im Falle eines Krieges. Die Lage für die Flotte
dürfte aber ungleich gefährlicher werden, wenn in den Marine-
betrieben vorwiegend Seiden beschäftigt werden, mit denen auch andere
Arbeitgeber schon die schlimmsten Erfahrungen gemacht haben. Die
Seiden, die arbeitsfähig in Kiel auf der Anlagendamm liegen, weil
sie die Werkzeuge damit den Staat beschlagnahmen, sind doch ganz
nennig keine Sozialdemokraten, sondern Seiden, die ebenfalls dem Seiden
weit näher.

Der Christliche Steinarbeiter-Verband in Bayern ist
sich auf. Die übrigen bestehenden Mitglieder schließen sich dem Chris-
tlichen Steinarbeiter-Verband an.

Streikende Kohlenarbeiter. In Colmar (A. S.) stellten
am Freitag Mittag die Kohlenarbeiter am Wallenhaus die Arbeit
ein, weil man ihnen zumute, für 2,40 Mk. Lohn 8 1/2 Stunden zu
arbeiten, während dieser Lohn bei achtstündiger Arbeitszeit gegläit
werden sollte. Den Arbeitern wurde auf Befragen versichert, daß ein
solcher Beschluß gefaßt worden sei; sie glaubten die Sache nun ge-
regelt und arbeiteten am Nachmittag weiter. Am Sonnabend Mittag
wurde ihnen von einem Nachbeter mitgeteilt, daß sie für 2,40 Mark
Lohn 8 1/2 Stunden arbeiten müßten. Nun stellten die Arbeiter die
Arbeit wieder ein, und nahmen sie erst dann wieder auf, als ihnen
der städtische Beigeordnete erklärte, daß sie bei achtstündiger Arbeits-
zeit 2,40 Mk. Lohn erhalten würden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller — Redaction und Expedition: Neue
Gartenstraße 5/6. — Druck von Oskar Schöler — Druck von Th. Schöler
G. m. b. H. — Druck in Berlin. — Druck von Oskar Schöler.

Ein schnelles Montags-Gericht.

Den von Sonntag übrig geliebenen Schweins-
oder Kalbsbraten schnide in kleine Würfel und
mache ihn in dem Rest der Sauce warm.

Inzwischen schüttet man je nach Anzahl der
Personen pro Person 80 bis 100 Gramm Eier-Kaus-
macher-Nudeln Marke Kardinal, grün, blau oder rot
Siegel in siedendes, kräftig gesalzenes Wasser, läßt
sie 15 Minuten kochen, schüttet das Wasser durch
einen Durchschlag ab und vermischt die abgelassenen
Nudeln mit den Bratenresten und der Bratensauce,
Pfeffer und Salz nach Geschmack.



Tanz-Schuhe

Reichhaltigste Auswahl in eleganten Formen, reizenden Neuheiten und allen Preislagen.
Feinste Genres, hochparade Dessins in prima Kalbleder und weiß Glaclederb.

Für **Kostümfeste und Maskenbälle** besonders geeignet:

Damen-Tanzschuhe	aus gutem Satin in diversen Farben	1 1/2	Damen-Spangenschuhe,	weiß Leder, extra preiswert	2 7/8
Damen-Tanzschuhe,	in Lacklack, mit hübscher Spitze	1 1/2	Damen-Spangenschuhe,	weiß Leder, selbste Ausfüh.	3 1/2
Damen-Spangenschuhe,	in Lacklack mit verziert. Spitze	1 1/2	Damen-Spangenschuhe,	2 Spangen, weiß Leder	4 50
Damen-Spangenschuhe,	weiß Glaclederb, elegante Ausfüh.	8 50	Damen-Spangenschuhe,	weiß Leder, schick Form	6 90

Beachten Sie bitte die Auslagen in unseren Schaufenstern.

Conrad Tack & Cie.

Verkaufsgeschäft

Breslau: nur Reuschestrasse 48.

Ball- u. Gesellschaftsstiefel

in geschmackvollen Fassons und neuesten Ausführungen.

Am 2. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet meine innigstgeliebte Frau, unsere Mutter
Helene Görner geb. Schöneich, im besten Alter von 28 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Artur Görner nebst Kindern.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen.
Trauerhaus: Bergstrasse 21. 517

Am 2. d. Mts. verschied plötzlich die Frau unseres Verbandskollegen Artur Görner
Frau Helene Görner geb. Schöneich im Alter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitgl. d. Deutsch. Metallarb.-Verb. Verwaltungsgst. Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen. 524

Am 2. d. Mts. verschied unser Freund und Kollege, der Bohrer Herr
Hermann Zugmantel im Alter von 38 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Unterstützungs-Listenkasse, Abt. IV Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau. 514

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Breslau).
Unser Mitglied, der Arbeiter
Ernst Engel
ist am 2. ds. Mts. nach längerem Leiden verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Beerdigung: Freitag nachmittags 2 Uhr vom Allerheiligen-Hospital nach Cosel. 525

Oeffentliche Versammlung
Sonntag, den 7. Februar cr., vormitt. 11 1/2 Uhr, im „Konzertsaal“, Gartenstrasse:
„Der Koalitionsrechtskampf in Oberschlesien“.
Referent: Herr Ingenieur **Schweitzer**, Königshütte.
„Organisation und Persönlichkeit“.
Referent: Herr Reichstagsabgeordn. **Dr. Fleischer**, Verbands-Sekretär des Verbandes katholischer Arbeitervereine Deutschlands.
Jedermann ist höflichst eingeladen. — Eintritt frei.
Bund der technisch-industriellen Beamten.
Ortsgruppe Breslau. 512

Trauer-Hüte
in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer, 291
Reuschestrasse 47, part. u. I. Etage.

Das **genügt!**
Inventur
Berleuf — sowie bereit — von zurückgesetzten Beleg-Büchern, Fachwörter, Nachschlagern, Sammen, Schenkerischen, Seiten u. u.
London & Co., Oberstrasse 5,
Breslau — 2. Stock vom Ring.

Stadt-Theater.

Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Sohnmanns Erzählungen“.
Montag, 7 Uhr:
„Tristan und Isolde“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Der fliegende Holländer“.

Lobe-Theater.

Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Der tapfere Soldat“.
Montag, 7 1/2 Uhr:
„Die Kohlenbrinnejin“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Der tapfere Soldat“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag:
Gumboldt-Verein: „Abenem-Berstellung“
Freitag:
„Gimel“.
Sonnabend:
Gumboldt-Verein: „Die brennende Frage“.

Thalia-Theater.

Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Rosenmontag“.
Billetverkauf Freitag und Sonnabend von 10-2 Uhr. Sonntag von 11-2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag, 8 Uhr:
„Die Förster-Christel“.
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
1. Gastspiel der Komie:
Frühlingstage an der Sibirica.
Freitag, 8 Uhr:
„Gretchen“.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
2. Gastspiel der Komie:
„Im Saube der Witternachtsjonne“.
Freitag, 8 Uhr:
„Der neue Dircant“.

Viktoria-Theater.

Ringkampf
(Schlusskämpfe)
dazu das großartige
Februar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
8 Pl. Ho. ormbier 8 Pl.

Restaurant und Familien-Lokal

Sonntag, den 7. Februar 1909:
Einweihung der gänzlich renovierten Lokalitäten,
worauf ergebend einlobet **E. Hofrichter** (früher Franz Kirchner).

Reform-Kino

Schmiedebücke 17-18
Von dem Bestreben geleitet, die Kinetographie auf rein künstlerisches Niveau zu heben, haben wir uns entschlossen, in dieser Woche mit einem Bild vor die Öffentlichkeit zu treten, das nach Form und Inhalt selbst die hochentwickeltesten Erwartungen übertreffen wird. Es ist dies ein Drama in unübertrefflich vornehmer Ausfühung, voll erhabener Tragik.
„Die letzten Tage von Pompeji“
nach Bulwers berühmtem Roman — jetzt eben besonders aktuell als Gegenstück zu der jüngsten furchtbaren Katastrophe in Sicilien, sowie das einzige Programm.
513

Liebich's Etablissement.

Robert Steidl
und das brillante
Februar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zeltgarten.

Dir. H. Krustalk.
Ganz neues Programm!
11
Spezialitäten!

Palmengarten.

Dir. H. Krustalk.
Heute Montag:
Bockfest
a la München

2 Kapellen

Sieder und Stappen gratis.
Hergewöhnlich.
Entrée frei!

Zurückgekehrt

Dr. Gassmann.

Billig! Fleisch!
Derbest Rindfleisch ohne Knochen, 50 Pf. mit 70
Kalbfleisch 65 u. 70
Schweinefleisch 70 u. 75
Sammelfleisch 70 u. 75
Pfeff., Leber- u. Keimwurst 70
325 bei 10 Pf. 65
Sternitzke, Tschepinerstr. 6.

Masken

verleibt Sonntag, 20. März. 515
Schönes Brot
hell sowie kernschon, caupficht zu billigen Preisen 241
C. Flebach's Bäckerei,
Friedrich-Wilhelmstrasse 82.
Brecht in der Fabrik
nach Koch, eing. am Abend 17.50 Uhr.
Zuckerbrot Juliusberger,
Altenbuckstrasse 11, II. 518

Wilhelmsburg Mendorfstrasse 54

Inhaber: Franz Hützel.
Telephon 11 033. 520
Heute **1. Bockfest à la München.** Bei der Polonaise Bedienung gratis.
Donnerstag: **Tanzkränzchen, volles Orchester.**

Hansel's Etablissement, Pöpelwitz.

Heute Donnerstag: 519
Grosses Tanz-Kränzchen.
Großartig arrangierte Chiffren-Polonaise. — Neu! — Volles Orchester. Entrée frei! — Sonnabend, 6. Februar: **Masken-Ball v. Männ.-Ges. Ver. „Aornblume“.**

Arbeit.-Radf.-Verein Groß-Rosen

Sonntag, den 7. Februar 1909
bei Herrn **JUNG:**

Grosser Maskenball.

Alle Freunde und Gönner des Vereins sind hiermit herzlich eingeladen.
Masken-Ausgabe: **7 Uhr.**
Nachmittags von 5 Uhr ab.
Masken-Einzug **8 Uhr.**
Der Vorstand. 511

Achtung! Voranzeige! Achtung!

Arb.-Gesang-Verein „Freie Sängler“, Altwafler
Sonnabend, den 20. Februar 1909,
im Saale des „Deutschen Kaiser“, Altwafler:
Großer Masken-Ball.
Jedenfalls dekorierter Saal. — Großartige Ueberrassungen. — Volles Orchester.
Einlass 7 1/2 Uhr.
Ende ?? ?
Zu diesem urfidelsten Beisammensein aller Narren ladet ein **Der Vorstand.**
Maskenkarten beim Vorsitzenden Gen. Bruake, Altwafler, III. Bez., 39b (1. Posthaus) zu haben.

Volksvorstellung 1908/9

(Thalia-Theater).
XI. u. XII. Vorstellung.
Sonntag, den 7. u. 14. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr:

Wilhelm Tell

von Schiller.
Für den 7. Februar.
I. Rang 0,70, Parkett und Orchester 0,60 Mt.
Für den 14. Februar.
I. Rang 0,70, Parkett u. Orchester 0,60,
Spezial 0,50, III. Rang 0,20, Galerie 0,10 Mt.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Masken-Kostüme

Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges
A. Franz Nach. H. Wiersing
Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.
Fabrik histor. Festungs- und Quadrillen-Kostüme.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Februar.

Geschichtskalender.

5. Februar.

- 1875 Pius IX. erklärt die Marienlehre für unglücklich. Erlösungslitanei der altkatholischen Geistlichen.
- 1881 Der englische Geschichtsschreiber Thomas Carlyle.

Die neueste Vaterlandsbrettung des Herrn Wiento.

Im Sommer vorigen Jahres war in Breslau ein junger Metallarbeiter namens Ignaz Fischer aus Oesterreich zugezogen und bald hier in Arbeit getreten. Er hatte sich zur sozialdemokratischen Weltanschauung durchgerungen, in Kenntnis der Tatsache aber, daß Ausländern in Preußen für politische Betätigung kein Spielraum gelassen wird, hielt er sich jedoch zurück und vermied es peinlich, irgendwie agitatorisch hervorzutreten oder auch sonst nur den geringsten Anlaß zu einer behördlichen Verhaftung zu geben. Trotzdem sollte er im Lande der schwarz-weißen Gerechtigkeit keine Ruhe finden.

Als er um Weihnachten herum ein mütterliches Geschenk erwartete, hat er sich auch die Nachsendung seiner kleinen Bibliothek, die er sich mit Fleiß und Geduld aus dem bescheidenen Ertrage seiner Arbeit angesammelt hatte. Das Paket wurde, wie üblich, auf dem königlichen Zollamt geöffnet und die Bücher — das gefälligste, was es in Deutschland gibt — wurden bei dem trauten Zusammenwirken unserer Behörden nicht dem Besitzer, sondern der Polizeibehörde zur Einsichtnahme zugestellt, welche ihre Neugierde noch weiter dadurch befestigte, daß sie sich fünf der Broschüren zu näherer Ansicht mitnahm: Die Diktate des Antimilitarismus, Kautskys zwei kleine Abhandlungen über die soziale Revolution, Kolanowskys „Massenstreik“ und ein hübsches ebenso harmloses Bündchen über den Generalfreier. Die Bücher mußten seinem Besitzer zwar am 22. Dezember wieder zugestellt werden, weil ihr Besitz nach den bestehenden Gesetzen immer noch kein Verbrechen darstellt, aber von nun an kam die behördliche Maschinerie gegen den armen Klempnergehilfen in Gang und ruhte nicht eher, bis in dem Zweikampf zwischen dem Königreich Preußen und dem Proletariat Fischer das erstere gestegt hatte. Am 29. Dezember fand eine Hausung in Fischers Wohnung statt, die außer den schon genannten Büchern und Nummern der „Volksw.“ nichts Unheimliches zutage förderte. Aber das hinderte den polizeilichen Eifer nicht im mindesten, das hochnotpeinliche Verfahren nahm seinen Fortgang und am 16. Januar erhielt Genosse Fischer das folgende, von Herrn Wiento unterzeichnete Dokument preussischer Macht und Stärke:

Ich habe Ihre Ausweisung aus dem preussischen Staatsgebiet angeordnet. Demgemäß werden Sie aufgefordert, binnen acht (8) Tagen — vom Tage der Zustellung dieser Verfügung ab gerechnet, Breslau und das preussische Staatsgebiet zu verlassen.

Für den Fall, daß Sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, wird Ihnen auf Grund des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, vom 30. Juli 1883 eine Geldstrafe von 50 — fünfzig — Mark und für den Fall des Unvermögens eine Haftstrafe von 5 — fünf — Tagen angeordnet.

Sollten Sie nach erfolgtem Uebertritt über die Grenze ohne Erlaubnis in das Gebiet des preussischen Staates zurückkehren, so haben Sie auf Grund des § 361, Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuches für das deutsche Reich eine Haftstrafe von 6 Wochen zu gewärtigen.

Wiento.

Eine Begründung dieser Maßnahme zu geben, ist

nicht nötig — am allerwenigsten einem Proleten gegenüber. Macht man schon den einheitlichen Arbeitern gegenüber bekanntlich am Sonntag aus freier Hand, daß die zur Namensfeststellung stifteten Kocher bis zum anderen Morgen gefänglich eingezogen bleiben — wie viel weniger Umstände wird man sich bei dem Ausländer bereiten? Fischer ging zu seinem Konsulat und stellte dort den Sachverhalt dar. Ein verständnisvolles Aufgebot begleitete seine Schilderung. „Ja ... in Preußen“, meinte der österreichische Beamte, „in Preußen ... da ist man eben hinter den Sozialdemokraten so her, Sie wissen doch Bescheid.“ Den Rat, die Intervention des österreichischen Botschafters in Berlin durch das Wiener Ministerium in Anspruch zu nehmen, schlug Genosse Fischer aus, weil daran immer noch etwas von Gnade klebe. Über eine preussische Beschwerde um Gnade bitten — pfui Teufel! Er ersuchte also nur um Verlängerung der Ausweisungsfrist. Das Gesuch wurde von Herrn Wiento ebenso prompt abgelehnt, trotzdem ein anerkennendes Attest des Arbeitgebers beigefügt war.

Der Sieg des Polizeipräsidenten ist also ein absoluter und einschneidender. Fischer schüttelte den deutschen Staub von den Füßen und zog sich in den treu verbündeten Nachbarstaat zurück. Die Sache wurde glatter erledigt, als die Vertuschung der Verhaftung des 17jährigen in der vergangenen Woche. Bei Offizieren, Soldaten, Beamten und dergleichen Staatsfunktions entstehen einem Polizeipräsidenten ganz andere Schereien, als bei einem Proletarier, der sich erdreistet, Bücher zu lesen, und noch dazu sozialdemokratische!

Die Sache wurde glatter erledigt, als die Vertuschung der Verhaftung des 17jährigen in der vergangenen Woche. Bei Offizieren, Soldaten, Beamten und dergleichen Staatsfunktions entstehen einem Polizeipräsidenten ganz andere Schereien, als bei einem Proletarier, der sich erdreistet, Bücher zu lesen, und noch dazu sozialdemokratische!

* Breslau hat mit die höchsten Fleischpreise.

Diese wenig erfreuliche Tatsache ergibt sich aus der Veröffentlichung von Erhebungen, die seitens des Preussischen Statistischen Amtes zum ersten Male erfolgte. Die Statistik, die für den Wochenberichtszeitraum des ersten Hälfte des Jahres aufgestellt ist, umfaßt vorläufig fünfzig Orte in allen Gegenden Preußens.

Nach diesen Ermittlungen ergibt sich nun in der ersten Hälfte des Jahres für den Durchschnittspreis von 1,55 Mk. pro Kilogramm. Der höchste Preis hat Breslau mit 1,78 Mk. Nach gleichem Abstände folgt Posen mit 1,69 Mk. Am niedrigsten steht der Durchschnittspreis in Memel und in Gletow, wo er 1,18 Mk. beträgt. In den nördlichen Provinzen finden sich überwiegend niedrigere Preise, in den westlichen Provinzen dagegen hohe. Kalbfleisch kostet im Durchschnitt 1,71 Mk. pro Kilo. In Altona und Stade geht der Preis bis auf 2,12 Mk. hinauf; in Memel sinkt er bis auf 1,26 Mk. Der Durchschnittspreis für Hammelfleisch beläuft sich auf 1,58 Mk. Drei Orte haben einen Höchstpreis von 1,92 Mk., und zwar sind dies Breslau, Altona und Wiesbaden. Den niedrigsten Preis von 1,31 Mk. pro Kilogramm hat Tilsit. Schweinefleisch kostet im Durchschnitt aller Orte 1,55 Mk., Schweinehälften 2,59 und Schweinepfefer 1,81 Mk. Die höchsten Schweinefleischpreise haben die Orte in den westlichen Gegenden zu zahlen; in Hanau steigt er bis auf 1,91 Mk., in Krefeld bis auf 1,89, in Köln auf 1,87, in Wiesbaden auf 1,84 Mk. Am niedrigsten steht der Schweinefleischpreis in Graubenz mit 1,28 Mk. und in Osnabrück, wo er sich auf 1,29 Mk. beläuft. Schinken steht am höchsten in Harburg a. Elbe mit 3,60, am niedrigsten in Memel, Flensburg und Emden mit 1,80 Mk.

* Wer mit der Arbeitslosen-Versicherung!

Die von der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Handlungs-Gehilfen und -Gehilfinnen am 3. d. M. im Gewerkschaftshause abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit einer Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten Breslaus, in der die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung verlangt wird. Die Denkschrift, die in ihrem einleitenden Teile aufs eingehendste

den Beweis erbringt, daß der Handlungsgehilfe mehr noch als der gewerbliche Arbeiter unter der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu leiden habe, führt ferner als Beispiel die in Straßburg seitens der Kommune gewährten Beihilfen an die Gewerkschaften an. Wenn diese Einrichtung schon der äußerst geringen Beträge halber auch keineswegs als ideal bezeichnet werden kann, so ist sie doch als erster Schritt auf diesem Wege zu begrüßen. Die Eingabe fand einstimmige Billigung und wird in Kürze den Kommunalbehörden zu gehen.

* Gewerkschaftliche Erfolge. Durch das Eingreifen des Fabrikarbeiterverbandes ist es gelungen, in einem Betriebe mit den rückständigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen Besserung zu schaffen. Bisher galt in der Staniol- und Kapselfabrik von Arthur Wolff in Rottkretscham die elendige Arbeitszeit, seit Anfang dieser Woche ist der 8 Stunden und 15 Minuten Tag eingeführt worden. Diese Verkürzung der Arbeitszeit war mit einer Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. für die Arbeiter und um 1 Pf. für die Arbeiterinnen verknüpft. Da es sich hier um einen äußerst gesundheitsgefährlichen Betrieb handelt, in dem die Gefahr der Bleivergiftung besteht, ist im gesundheitlicher Beziehung dieser Erfolg nicht hoch genug einzuschätzen. Es hat lange gedauert, bevor der Fabrikant diesen berechtigten Wünschen nachgab, aber die Agitation des genannten Verbandes und die Kritik der „Volkswacht“ und die dadurch interessierte öffentliche Meinung veranlaßten ihn schließlich zum Nachgeben. Auch die Gewerkschaften von Tschansch und Brockau, die als Doppelverleiher geteilt hatten, als die Arbeiter dieser Betriebe in dem städtischen Lokale ihre Interessen verteidigen wollten, den Gang der Verhandlung nicht antauchen. Der Betriebsrat wurde ernannt, ohne daß die Arbeiterinnen bis zum 1. Januar 1910 warten brauchten, wo er ihnen durch die neue Modelle zur Gewerbeordnung gesetzlich gewährleistet wird. Es ist eine Errungenschaft auf dem Wege der Selbsthilfe.

Gleichzeitig lassen sich noch weitere Verbesserungen aus diesem Betriebe melden. Die Kritik der „Volkswacht“ hatte die Königl. Gewerbeinspektion veranlaßt, sich mit den geringsten Mängeln in dieser Fabrik zu beschäftigen. Nun läßt sich als Erfolg verzeichnen, die Einrichtung heizbarer Aufenthalts- und Umkleekabinen, die sogar mit Tischen und Sitzgelegenheiten ausgestattet sind. Aus eigener Initiative würde sich der Fabrikbesitzer wohl niemals bereit gefunden haben, diese zeitgemäßen Einrichtungen zu schaffen.

Als Mißstand muß noch weiter die errichtete, aber nicht ausreichende Waschküche bezeichnet werden. Hier wird die städtische Gewerbeinspektion, im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen, noch für Abhilfe sorgen müssen.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes richten wir das dringende Ersuchen, treu zu ihrer Organisation zu halten, damit sie das Errungene erhalten und neue Vorteile hinzuzugewinnen können.

* Die Praktiken bei Grundstücks-Verkäufen. Der Gärtnereibesitzer Winkler und der Fabrikbesitzer Troche veräußerten an den Zimmerpolier Hoffmann ein Grundstück in Verdau für den Preis von 25.000 Mark. Sie haben dem Käufer zum Bau der Gebäude Vorgeld in Höhe von 65.000 Mk., forderten aber für das Darlehen eine Provision von 11.000 Mk., außerdem hatte der Käufer noch 7 Prozent Zinsen für das Darlehen zu zahlen. Der Magistrat zog die Verkäufer als Selbstschuldner an einer Umfassener nach einem Werte von 86.000 Mk. heran, indem er die Provision auch als Kaufpreis ansah. Hierüber beschwerten sich die Verkäufer, wurden aber abgewiesen: sie klagen alsdann im Verwaltungsstreitverfahren gegen den Magistrat auf Erstattung der Steuer von 720 auf 500 Mk. Sie behaupten, daß 25.000 Mk. der reelle Preis für das verkaufte Grundstück sei und deshalb die Provision nicht zum Kaufpreis zu schlagen sei.

Der Bezirksausschuß beschloß, einen Sachverständigen in der Person des Kaufmanns Eduard Bischof zu ernennen. Dieser taxierte den Wert des Grundstücks zwar nur auf 25.000 Mk., hielt aber die Provision von 11.000 Mk. als jeder realen Grundlage an. In der Verhandlung vor dem Bezirksausschuß bezeugte der Magistratsvertreter, Justizrat Friedenthal die Provision als eine wucherische, unbedingt sollte das Grundstück einen höheren Preis bringen, wegen der Umsatzsteuer aber hat man ihn niedriger berechnet und die 11.000 Mk. als Provision berechnet. Der Klage wurde stattgegeben und der Magistrat verurteilt, von der erhobenen Steuer 220 Mk. zu erstatten. Nur für den eigentlichen Wert sei Umsatzsteuer zu erheben, durch den Sachverständigen sei festgestellt, daß das Grundstück keinen höheren Wert als 25.000 Mk. habe, und somit dürfe die Stadt über diesen Preis bei Bemessung der Steuer nicht hinausgehen.

Stadt-Theater.

„Lohengrin“ von R. Wagner. (Neu inszeniert und einstudiert.)

Ueberall, wo der „Lohengrin“ zuerst erschien, hat man ihn als eine neue Offenbarung dichterischer und musikalischer Kunst anerkannt. Zwar nur allmählich hat sich die Erkenntnis von der epochemachenden Bedeutung des „Lohengrin“ Bahn gebrochen. Wenn wir heute lesen, daß man den „Lohengrin“ ummelodisch nannte, so kann man nur feststellen, wie sich der Geschmack des Publikums und auch der Berufsmusiker zum besseren gewendet hat. Und der uns folgenden Generation wird es mit der „Salome“, der „Elektra“ und den noch folgenden zahlreichen Opern von Richard Strauss ebenso gehen. Der musikalische Glanz des „Lohengrin“ ist ein bestechender und sein Stoff führt uns in das zauberreich mysteriöse Romantische. Hier noch ein langes Elaborat — ein Wort, das nach Ansicht vieler Schloßler mit „Labern“ zusammenhängt und eine Frivolität bedeutet, an der manche Leute „labornieren“ — zu verfertigen, ist heute überflüssig, wo der „Lohengrin“ bereits Gemeingut der ganzen Welt und speziell des deutschen Volkes ist. — Für uns handelte sich die Aufführung am Mittwoch um die Wirtung der neuen Aufmachung nach Bayreuther Muster. Der „Lohengrin“ ist in Bayreuth nur zweimal inszeniert worden: 1894 und 1908; der Kernpunkt der vorgenommenen Änderungen liegt weniger in den aufgemachten Strichen und in den logisch aufgestellten Dekorationen, sondern in der dramatischen Bewegung der Massen. Um das zu bewerkstelligen, mußten die Chöre, die gerade im „Lohengrin“ außerordentlich schwierig sind, so einstudiert werden, daß sie sich in einer kaum merkbaren Abhängigkeit vom Leitfaden des Kapellmeisters befanden. Soweit gebracht, war es dann weniger schwierig, die Massen der Mengen in ein einigermaßen natürliches Fahrwasser zu bringen, zumal sich Herr Richter in dieser Verteidigung gänzlich unaußfällig seine Leute dirigieren konnte. Und in der Tat bekamen manche Szenen ein ganz anderes, von dem gewöhnlichen Bilde wesentlich abweichendes Aussehen: Angefichts der nicht kleinen Strapazen, denen der hiesige Opernchor ausgesetzt ist, doppelt anerkenntenswert.

Die Dekorationen sind von außerordentlichem Geschmack und bieten ein Bild von großer Schönheit. Die Darstellung, mit den besten verfügbaren Kräften besetzt — selbst die vier Ritter und Pagen waren in den Händen erster Solisten — ließ kaum einen Wunsch unbefriedigt. Herr Günther-Draun wußte die poetische Figur aus dem Sagen dornmittelalterlichen Romantik lebensvoll zu gestalten und ihr doch den Hauch des Epischen zu erhalten. Diebeiligt wurde eine bessere Aufstellung der Massen während der Gralserschließung diese Szene

lebenswahrer erscheinen lassen: Herr Günther-Braun lehrte gerade denen, an die die Worte gerichtet sind, den Blick; oder Lohengrin mühte auf den Stufen stehen, die zur Erde führen. Herr Günther-Braun sowohl, als Herr Weg, der einen vornehmen Lakonismus gab, werden sich recht bald abgewöhnen müssen, vielen Textworten ein „er“ vorzusetzen: gerade Wagners Texte übertragen solche Unarten nicht! Die Entzweiung der Frau Abstraktionen war von eindrucksvoller Energie; bemerkenswert war das stumme Spiel im ersten Akt. Herr Bierhoff sang den König würdevoll, ohne zu salbadern; Herr Dörwald war ein stimmgewaltiger Heerführer. Eine Elfa von großem Liebreiz und sympathischem Wesen trat uns in der 2. Szene entgegen. Man hat seinerzeit der Künstlerin den Vorwurf gemacht, sie könne mit ihren „Füßchen“ im Finale des ersten Aktes nicht durchdringen. Am Mittwoch drang sie durch; da ihre Stimme inzwischen keineswegs gewachsen, sondern in ihrer angenehmen beruhigenden Zartheit verblieben ist und nur durch Schreien verdorben wird, so wird es wohl an dem begleitenden Orchester liegen, bezw. gelegen haben. Vielfach merkte man die energiegelassenen Verusche des Herrn Pröller, die Wucht des Orchesters zu dämpfen, aber immer gelang es nicht und es ist merkwürdig, daß die Blechbläser unter der Schalldecke den größten Spelktakel machten. Das war also noch nicht Bayreuther Muster!

Das den Zuschauerraum dicht füllende Publikum brach namentlich am Schluß der Oper in begeisterte Jubelrufe aus und gitterte außer den Hauptdarstellern auch Kapellmeister und Regisseur auf die Bühne. Der „Lohengrin“ wurde nahezu „strichlos“ gegeben. Während man andere Kunstwerke bis zur Sinnlosigkeit durch Kürzungen entstellt, wird hier selbst den langweiligsten Stellen des zweiten Aktes, durch die der Fluß der Handlung in befehliger Art unterbrochen wird, die Tür ins Freie geöffnet. So erreicht der „Lohengrin“ den Reiz der „Meistersinger“, der „Götterdämmerung“ und des „Tristan“.

Welt und Leben.

Ueber den Tod des chinesischen Kaisers Kwangjü gibt Franz Nury in der „Revue“ eine eigenartige Darstellung. Danach war sein Ende ein ergreifendes Trauerspiel. Kaiserin-Witwe Tschü, ihr Ende nahestehend, ließ den Großen Rat für den 12. November einberufen. Nach langer Beratung wurde beschlossen, in Ermangelung eines männlichen Erben Kwangjü seinen Neffen, den dreijährigen Prinzen Püji zu seinem Nachfolger zu bestimmen. Während der Minderjährigkeit des Prinzen sollten Prinz Tsün, der jüngere Bruder

Kwangjü, und der Vater des jugendlichen Püji die Regentschaft führen.

Nach Aufhebung der Sitzung zog sich der Große Rat zurück. Die Kaiserin-Witwe Hsü Kwanschi und den alten Prinzen Tsing, Chef der kaiserlichen Familie, noch eine Weile bei ihr bleiben und ließ gleichzeitig den Oberenmühen des Palastes holen. Die vier schlossen sich ein und berieten über endgültige Maßnahmen. Noch am demselben Tage wurde nach Beschluß dieses geheimen Kronrates amtlich verkündet, der Kaiser sei seit langem von schwerer Nervenschwäche befallen und befinde sich unter dem Einfluß eines schweren Herzleidens.

Am folgenden Morgen, um 6 Uhr, begab sich der Oberenmühen, von zwei handfesten Vertrauensmännern begleitet, in den Palast, in welchem der Kaiser eingeschlossen gehalten wurde. Der Eunuch trat in das Gemach Kwangjü. In trübenden Worten kündigte er ihm an, Kaiserin Tschü liege im Sterben und er, Kwangjü, dürfe sie nicht überleben, sondern müsse sie ins Grab begleiten. Gleichzeitig legte der Eunuch neben den Kaiser zwei Opiumkugeln und eine gelbe Seidenkugel. Der Todesworte erklärte dann dem starb vor sich hinblickenden Kaiser, er werde um 1 Uhr Nachmittags wiederkommen. Wenn Kwangjü bis dahin die Opiumkugeln nicht verschluckt habe, werde er seinen beiden Gehilfen den Befehl erteilen müssen, den Kaiser mit Hilfe der seidenen Schnur zu erdrosseln! Die beiden Männer, versichert der einschläfernde Eunuch, würden bis zu seiner Rückkehr vor der Tür des Kaiserzimmers Wache halten, an ein Entkommen sei daher nicht zu denken.

Um 1 Uhr trat der Oberenmühen wieder in das Zimmer des Kaisers. Die Opiumkugeln waren verschluckt. Kwangjü lag, noch leise röhrend, auf seinem Lager; seine Gliedmaßen waren bereits erkaltet. Kwanschi, von dem Eunuchen verbannt, begab sich zur Kaiserin-Mutter Tschü und berichtete ihr über den Zustand des sterbenden Kaisers. Gleichzeitig ließ er den Befehl erteilen, das Bestehen des Kaisers sei hoffnungslos. Und um das Volk zu täuschen, entsendete er den Prinzen Tsing mit Opfern nach zu den kaiserlichen Gräbern, um die Mahnen der kaiserlichen Ahnen ihrem sterbenden Enkel gewogen zu machen. Um 5 Uhr Abends hauchte Kwangjü seinen letzten Seufzer aus.

Nach dem Tode wurde Kwangjü Nachfolger, der dreijährige Püji, seiner Mutter entrissen und nach dem Kaiserpalast gebracht. Der Prinz ließ geliebte Ruhe nach seiner Amme aus und gab nicht nach, bis man sie zu ihrem Pflegling in den Palast holte.

Kaiserin Tschü konnte nun in Ruhe sterben. 24 Stunden später war auch sie eine Leiche. Die höchste Fronte aber war es, daß Kwanschi mit dem Prinzen Tsing das Leichenbe-

Die Zunahme der Unfälle im Bergbau.

Die unheimliche Steigerung der Betriebsunfälle im Bergbau hat das Reichsversicherungsamt veranlaßt, von der Knappschaftsberufsgenossenschaft einen Bericht über die Ursachen dieser Vermehrung einzufordern. Dieser Bericht, der soeben im „Kampfbuch“, dem Organ der Berufsgenossenschaft, abgedruckt wurde, ist ein neuer Beleg dafür, wie die Unternehmer alle Schuld von sich abzuwälzen und den Arbeitern selbst zuzuschreiben suchen.

Eine beigegebene Uebersicht teilt zunächst mit, daß die Zahl der ange meldeten Unfälle von 79.61 auf 1000 versicherte Personen im Jahre 1891 auf 126,20 im Jahre 1907 gestiegen ist. Auch die Zahl der ent schädigungs pflichtigen, also über 13 Wochen hinaus wirkenden Unfälle stieg von 9,51 auf 1000 im Jahre 1891 auf 15,4 im Jahre 1907, also eine relative Zunahme um zwei Drittel! 1907 mußte für 11.960 Verletzte Entschädigung festgesetzt werden; davon 9328 im Steinkohlenbergbau. 1891 kamen auf 1000 Versicherte 1,96 Unfälle mit tödlichem Ausgang. 1907 aber 2,98. Es hat also, wenn man eine Dauer der Bergarbeit von etwa 25 Jahren annimmt, durchschnittlich jeder zweite bis dritte Bergmann die Aussicht einmal einen erheblichen Unfall zu erleiden, jeder 17. aber fällt als unmittelbares Opfer seines Berufes. Natürlich sind bei den gefährlichen Arbeiten in der Grube die Unfälle noch zahlreicher und schwerer als diese Durchschnittszahlen, die auch die Mindestgefährdeten über der Erde umfassen, angeben.

Wie nun suchen die Unternehmer über die vernichtende Anlage, die aus diesen Zahlen spricht, hinwegzukommen? Man höre: Die „Ursachen“ sind:

1. Wachsende Vertraulichkeit der arbeitenden Bevölkerung mit den Bestimmungen der Unfallversicherung.
2. Zunehmende Reizung der Bergarbeiter, Strafbestimmungen in Zusammenhang mit einem angeblichen Betriebsunfall zu bringen.
3. Bestreben der Arbeiter, aus jedem Unfall eine Entschädigungsforderung herzuleiten.
4. Strenge Kontrolle über die Anmeldung der Betriebsunfälle.
5. Angespanntere Tätigkeit der Industrie.
6. Zunehmende Verwendung von Maschinen.
7. Zunehmende Verwendung fremdsprachiger Arbeiter.
8. Desgleichen Zunahme ungeladener Arbeiter.
9. Der ungeheure Belegschaffensdruck.
10. Unvollständige Lebensweise vieler Arbeiter, wodurch deren Resonanz und Widerstandsfähigkeit beeinträchtigt wurden.
11. Mangelhafte Beachtung von Schutzmaßnahmen durch die Arbeiter, die durch Verletzung der Rente in solchen Fällen vorbeugung werden könnte.
12. Die „überaus wohlwollende“ Auslegung des Begriffs „Betriebsunfall“ durch das Reichsversicherungsamt.
13. Die äußerst geringen Anforderungen, die dasselbe an den Nachweis des eingetretenen Unfalls stellt.
14. Die geringen Anforderungen, die es an den Nachweis des Zusammenhangs eines Leidens mit dem Betriebsunfall stellt.
15. Die „Ausflüchtung“ der Arbeiter durch Arbeitersekretariate und dergleichen.
16. Zunehmende Bewilligung von Renten für geringe Verletzungen.
17. Das größere Vertrauen, das den Ärzten des Schiedsgerichts gegenüber den Gutachten der Knappschaftsärzte geschenkt werde.

Die Bergarbeiter werden gegen den überarohen Teil dieser „Gründe“ einschreiten Protest erheben. Mit Ausnahme der Punkte 5 bis 9 wird hier die Wahrheit geradezu auf den Kopf gestellt, der Ankläger zum Angeklagten gemacht. Die traurigen Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, wo die Ursachen der Unglücksfälle zu suchen sind. Es ist Kanakals, wenn der Bericht in unzulässiger Verallgemeinerung von Einzelfällen die Zunahme der Unfälle auf die unsoliden Lebensweise der Arbeiter zurückführt. Da müßte die Unfallversicherung in den Kreisen der Aktionäre und Auzenbesitzer weit höher sein als bei den Bergarbeitern. Und was die Nachprüfung des Reichsversicherungsamts betrifft, so läßt es sich stattdessen und an der Hand seiner eigenen Veröffentlichungen nachweisen, wie sie für die Arbeiter ständig ungünstiger wird. Das haben wir in einer Reihe Fälle dargelegt und erinnern nur an die bekannte Zusammenstellung der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, Hannover: Die Gewöhnung an Unfallfolgen als Bestrafung, die dafür merkwürdige Belege liefert. Der Kampf um die Rente wird in Wahrheit immer schwerer, und es ist ausgeschlossen, daß ein Arbeiter Rente erhält, dem sie nicht vollaus zusteht. Die wirklichen Ursachen der Unfälle, nicht etwa — infolge verbesserter Anmeldung usw. — nur scheinbare Zunahme der Unfälle im Bergbau sind vor allem die gesteigerte Intensität des Betriebes mit den rassistischen Ansprüchen, die dabei an die Leistungsfähigkeit der Belegschaft gestellt werden, das ausbeuterische Akkordsystem, das dem Arbeiter, der verdienen will, keine Zeit für Sicherungsarbeiten läßt und die unzulässige Verwendung ungeladener und fremdsprachiger Arbeiter bei den gefährlichsten Arbeiten. Wie im Märchen wird der Geldstrom der Aktionäre und „Aufsichtsräte“ durch den Blutstrom der Bergleute gespült.

Es ist dringend zu fordern, daß das Reichsversicherungsamt nunmehr auch die Arbeiterorganisationen über die Gründe für Zunahme der Unfälle einberuimt. Sie werden den Unternehmern die Antwort auf ihre Schönfärbereien und Verdächtigungen nicht schuldig bleiben und dem Reichsversicherungsamt Gelegenheit geben, die Wahrheit zu hören, die ihm das organisierte Unternehmertum — und anderes sind die Knappschafts-Berufsgenossenschaften ja nicht — stets vorenthalten wird.

*** Gewerkschaftler und Parteigenossen.** Morgen Freitag findet der zweite Abend des Vortrags-Kurses über Arbeiter-Versicherung im Gewerkschaftshause statt. Redner ist Arbeiter-Sekretär Genosse Peterhansel. Thema: Das Kranken-Versicherungsgesetz. Der Eintritt ist frei.

*** Die Gründung der Breslauer Feuerwehrgesellschaft** und die ersten 50 Jahre ihres Bestehens (1859—1909), so nennt sich ein interessantes Büchlein, das soeben den Redaktionen zugeht. Der Arbeiter ist es im amtlichen Auftrage und unter Benützung amtlicher Quellen vom Brandmeister Max Hoffmann-Breslau, der zwar erst kurze Zeit in Breslau ist, aber mit vieler Mühe und auch Geschick das vorhandene Material in eine übersichtliche Darstellung gebracht hat. Das Büchlein enthält interessante Abhandlungen über die Pöschel'sche in Breslau vor 1859, über die Reorganisation des Pöschel'schen seit 1858, die Clements und Polizeiverordnungen, soweit sie die Feuerwehrgesellschaft betreffen, sowie die weitere Entwicklung der Wehr, eine Gedankentafel für die im Dienst üblich verunglückten Offiziere und Mannschaften und schließlich (überflüssigerweise) eine Aufzählung der „Offiziere“, die die Feuerwehrgesellschaft seit 1858 gehabt hat und noch hat. Der Magistrat teilt zu der Uebersendung des Büchleins noch mit, daß er ursprünglich die Absicht hatte, den Festtag (24. Januar 1909) durch ein Festessen zu feiern, daß er aber diese Absicht im Hinblick auf das kürzlich erfolgte Ableben des Herrn Bürgermeisters A. D. Muehl und die Erkrankung des Herrn Stadthauptmanns wieder fallen gelassen

habe und die für das Festessen bestimmten Mittel ebenfalls zu den von vorher für den Monat Mai d. J. in Aussicht genommenen Mannschaffsfesten verwenden wolle.

*** Einen lustigen Volksunterhaltungabend** veranstaltete Dienstag der Humboldt-Verein im „Freiberg“. Leider kam rechte Lustigkeit trotz des gut gefüllten Hauses nicht auf was wohl mit daran lag, daß man diesen lustigen Abend mit einem — Militärmarsch (vierhändig Klavier), eröffnete. Erst die von Herrn Sabranke geleitete Fiedler mit niedlichen Pointen und die humoristischen Deklamationen des Herrn Thes Plank vom Vöbe-Theater brachten etwas Stimmung. Ein Herr Schöner erfreute durch den Vortrag zweier Trompetensolos („Ich hab' a mal a Kämpf' g'habt“, „Eine Beile des Drans“), und Fräulein Faust rezitierte ihre bekannten kleinen Scherzgedichte. Leider mit viel mehr Theaterpose, als gut war. Die Künstlerin ist nach einigen recht guten Leistungen viel zu sehr und zu intensiv gelobt worden, und jetzt steht man die Folgen an ihrer allzu auffälligen zur Schau gestellten Steifheit. Darunter litt auch an diesem Abend ihre Vortrag und das sonst stets einladende „Rinderged“ verpuffte völlig. Schade! — Zum Schluss führten einige Studenten „zwei Fastnachtsspiele von Hans Sachs“ im Stile jener Zeit des Rindberger Schülers auf, die zwar interessant, aber auch nur wenig lustig waren. Es fehlte halt diesmal den Veranstaltern der richtige Blick, der sonst die Abende des rührigen Vereins zu recht geäuß- und lehrreichen macht.

*** Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Interessenten des Barbier-, Friseur- u. Friseurhandwerkerberufes** findet Donnerstag, den 4. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokal des „Pariser Gartens“, Weidenstraße 11, statt. Es soll an dieser Sitzung an den Reichstag zwecks gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit im Barbiergewerbe Stellung genommen werden. Referent ist Gen. Krenzel.

*** Defen in den Markthallen.** Die lange erwünschten und erwarteten Defen in den beiden Markthallen sind seit dem 26. v. Mts. im Betriebe. Sie haben also noch in den letzten kalten Tagen ihre Wirksamkeit entwickeln können und haben die Temperatur in den Hallen, die während der kältesten Tage auf 2 Grad C. unter Null gesunken war, auf 4 1/2 Grad Wärme gebracht. Das ist eine Temperatur, die weder den Fleischern und Geflügelhändlern zu warm, noch den über 1000 Ständighabern zu kalt genannt werden kann. Es sind in jeder Halle 4 Defen zur Aufheizung gelangt, je einer an jedem Ende unweit der Eingänge und 2 in der Mitte auf jeder Seite des Hauptganges. Der Preis der Defen stellt sich auf je 750 Mk., der der Umhüllung auf je 250 Mk., so daß jeder Ofen rund 1000 Mk. kostet.

*** Der skandalartige Selbstmord**, der die ganze Nacht über tobte, hat an vielen Wunden und in der Promenade beträchtlichen Schaden angerichtet. Amidische Kette wurden abgerissen und bedeckten heute Morgen die Wege. Das Abends eintretende Tauwetter machte Straße und Bürgersteige schwer passierbar. Menschen und Tiere kamen zu Fall. In der Döbnerstraße stürzte ein Troschkentler so unglücklich, daß es am Hause eine weite Lauffläche wurde davontrug. In der Gärtnerei wurde eine Dame vor einem durch den Sturm so gerissenen Dachziegel getroffen und am Kopfe so schwer verletzt, daß sie mittels Trickle in ihre Wohnung in der Gärtnerei gebracht werden mußte. Am Mittwoch war die Taschenstraße bei der Pöschel'schen für Fußgänger kaum passierbar. Von der Anhöhe floßen infolge des Regens und der Schneeschmelze breite Wasserläufe und überschwemmten die Bürgersteige. — Am 10. v. Mts. gab es infolge einer Entgleisung eines Straßenbahnwagens eine Feld- und Klosterstraße eine längere Verkehrsstockung, die erst nach 1/2 Stunden behoben war.

*** Stadt-Theater.** Heute Donnerstag geht Offenbach's „Pöschel'sche“ über „Hoffmanns Erzählungen“ in Szene. Freitag „Tristan und Isolde“. Anfang 7 Uhr. Sonnabend „Der fliegende Holländer“. Sonntag „Carmen“. Am Nachmittag wird zu kleinen Preisen Dalar Wills Weibnachtsmärchen „Schneeweißchen und Rosenrot“ gegeben.

*** Vöbe-Theater.** „Der tapfere Soldat“ wird heute Donnerstag zum 4. Male aufgeführt. Freitag: „Die Dollarprinzessin“. Sonnabend und Sonntag: „Der tapfere So dat“. Nachmittags geht „Der Rastelbinder“ zu kleinen Preisen in Szene.

*** Im Thalia-Theater** wird für Sonntag Herr Erich Hartmann's „Die Dämonen“ gegeben. Am Montag „Vorherber“.

*** Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.** Als dritte Vorstellung der laufenden Reihe wird das Lustspiel „Die Brenner- und die Frage“ heute Donnerstag für Gruppe C, Sonnabend für Gruppe H gegeben.

*** Breslauer Schauspielhaus.** Für die am Freitag und Sonnabend, Nachmittags 3 1/2 Uhr, angelegten Gastspiele des „Wissenschaftlichen Theaters der Urania“, Berlin, ist, wie das Bureau mitteilt, das Interesse ein sehr reges. Das Freitagprogramm führt an: „Die Riviera zur Frühlingzeit“, während am Sonnabend der hohe Norden das Thema bilden wird. Die Vorstellungen leitet Herr Direktor Willy Lang persönlich. Die Preise sind so niedrig gestellt, daß jedermann der Besuch ermöglicht wird. Der Billeterkauf, ohne Vorbestellgebühr, ist bereits eröffnet Sonntag, den 7. Februar, Abends 12 Uhr die letzte Vorstellung der „Urania“ statt.

*** Lieblich's Stabflement.** Heute Donnerstag, den 4. Februar, beginnt der Vortragskurs zu dem am Sonntag, den 7. Februar stattfindenden Nachmittags-Vorstellung.

*** Gestunden wurden:** fünf Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Damenuhr, ein goldener Doppel-Traning, zwei Pinzetten, zwei Pelzboas, ein Muff, eine Damenbluse, ein Knabenanzug, eine Hose, ein Paar Schürhaken, ein Pompadour mit Inhalt, ein Gebirgsbuch, zwei Verbededen, ein Hundeanillo, mehrere Schlüssel und verschiedene Papiere. — Zugelassen sind: ein Schürhaken bei Bayer, Gertrudenstraße 6, ein Reppincher bei Moloff, Sedanstraße 16, und ein Schottischer Schürhaken bei von Ribbelich, Lauenburgstraße 50. — Eingefangen wurde: eine Gans bei Schudert, Feldstr. 4.

Aus Schlesien und Posen.

Striegau, 4. Februar. Einbruchsdiebstahl. Bei dem Fleischermeister Schädel in Bardorf, Kreis Striegau, waren Diebe in den Laden und die Nebenräume eingebrochen und hatten Speckseiten und Wurst im Werte von 170 Mark gestohlen. Am Montag Abend gegen 10 Uhr bemerkten Wächter des Hauses Pilgramshainerstraße 14, daß sich zwei Männer in dem Steinbrüche der Firma Barisch zu schaffen machten, und als man nach Entfernung der beiden nachsah, fand man, unter Steinen verdeckt, zwei mit Fleisch und Wurst gefüllte Säcke. Diese wurden dem Fleischermeister Schädel, der die Waren als die jeinigen erkannte, zurückgegeben, doch verbleibt ihm immer noch ein Schaden von 107 Mark. Die Diebe sind unbekannt entkommen.

— Die Sache des Wahlrechtsräubers Kaufmann Schütz will sich bei den Arbeitern dafür, daß er ebenfalls gegen die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes getrimmt hat, populär machen. Am Sonntag, als nach der Versammlung die Teilnehmer die Wilhelmstraße entlang beim Geschäft dieses Herrn vorbeizogen, soll einer derselben, ein langjähriger Kunde des Herrn Schütz, etwas in den Laden gerufen haben. Der Mann ging ruhig seines Weges, als ihn plötzlich auf der Gärtnerei ein Polizeibeamter beim Arme packte und seine Resonanzkoffer festhalten will. Mit dem Polizeibeamten ist auch Schütz vor Gericht und mit den Worten: „Das ist bez

Wann, stellt er sich vor den angeblichen Sünden htn. Schütz soll nun den Mann wegen Geschäftsschädigung zur Anzeige gebracht haben. Da nur wenige den Vorfall beobachtet haben, so bringen wir dieses hier zur allgemeinen Kenntnis.

Neueste Nachrichten.

Patrioten als Schulbuben.

Wien, 4. Februar. (S. T. B.) Im Abgeordnetenhaus veranlaßten die Tschechen eine große Kirmiszenen. Die Diskussion setzte sofort nach der Rede des Ministerpräsidenten ein. Die Tschechen jubelten und schrien, machten Lärm durch Pfeifen und Rindertrompeten. Als ihnen die Christlichsozialen das Wort „Landsväter“ zulefen, entstand eine arge Saigeerei vor der Ministerbank. Die Minister mußten flüchten. Man sammelte Geld für die böhmischen „Landsväter“. Erst nach dreistündigem Lärm konnte die Auhz wieder hergestellt werden.

Wien, 4. Februar. (S. T. B.) Trotz der furchtbaren Kämpfern in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gilt die Situation des Abgeordnetenhauses heute als „gebesert“. Das Sprachengeseß findet gütliche Aufnahme. Sowohl die Deutschen als Tschechen finden Vorteile darin. (P)

In den neuen Demonstrationen.

Hamburg, 4. Februar. (S. T. B.) Der Polizeipräsident von Altona hat gegenüber der Ankündigung der Sozialdemokraten, daß sie für Donnerstag Wahlrechtsdemonstrationen planen, die umfassenden Vorkehrungen treffen lassen und ersucht dringend, es möchten keine tätlichen Angriffe auf Schutzleute erfolgen, da diese sonst von ihren Waffen Gebrauch machen müßten. — Wo sind bei Straßendemonstrationen jemals Tätlichkeiten gegen Schutzleute vorgekommen? Die Tätlichkeiten gingen immer von der anderen Seite aus.

Die Balkanverträge.

Wien, 4. Februar. (S. T. B.) Oesterreich und Deutschland werden die Annahme des russischen Vorschlags in Sofia und Konstantinopel nicht empfinden. (Siehe Ausland.)

Wien, 4. Februar. (S. T. B.) Hier bemerkte ein auf dem Anstande stehender Arbeiter mehrere Wildbiede, die, als sie seiner anständig wurden, die Gewehre auf ihn anlegten und mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Der Arbeiter wurde schwer verletzt, konnte aber auf die Kniee nieder noch mehrere Schüsse abgeben. Ein Wilderer wurde schwer verletzt, die anderen entliefen.

Hamburg, 4. Februar. (S. T. B.) Ein beim Postamt V in Altona anstehender Einschreibebrief mit Briefmarken und Schmutzsaften im Werte von 9000 Mk. ist verschwunden.

Rom, 4. Februar. (S. T. B.) In Bealstun des Berliner Tages Dr. Krup ist in Romel die Kofe Krenschweiser Klement getödet und von dem Schiffarzt dem Neaderer Hospital als irrinnig übergeben worden. Der Anblick der Trümmerstätten verwirte so sehr, daß sie wahnsinnig wurde.

Konstantinopel, 4. Februar. (S. T. B.) Seit gestern Abends 6 Uhr brandt die große Kavalleriekaserne unweit der deutschen Poststraße. Die Poststraße (?) ist gestört, mehrere Soldaten wurden verwundet.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
M. Wiczg. Wenn der Monatsnachrichtendienst monatlich kündigungslos, trifft das in dem freitigen Falle nicht zu, und wird die Miete vierteljährlich gezahlt, so kommt vierteljährliche Kündigung in Frage.

A. S. Friedbrichstraße. Die auf eine leerstehende Wohnung ankommende Vereinigung von Flur und Treppe hat der Hauswirt zu besorgen.

St. 100. Die Frau fahret nicht für die Alimente, die der Mann an ein uneheliches Kind zu zahlen hat.

P. Stadelwitz. Fordern Sie den Unternehmer auf, die Anmeldung zur Krankenkasse, wogu er verpflichtet ist, sofort zu bewirken, weigert er sich, so erstatten Sie Anzeige beim Amtsvorsteher oder der Staatsanwaltschaft in Breslau.

G. S. P. 1. Bleibt der alte Mieter nicht aus, so muß er vom Wirt auf Räumung verklagt werden. Vielleicht läßt sich in Güte eine Einigung herbeiführen.

G. M. Scheinigerstraße. 1. Ob bei Darlehen, die aus der Ferdinand Kaffel'schen Stiftung gegeben werden, die Rückzahlung zu leisten ist, entscheidet das Kuratorium. Darlehen aus dieser Stiftung sind mit 8 Prozent zu verzinsen. 2. Die angegebene Adresse ist richtig.

Pr. 100. 1. Gerichtskosten verfahren in 4 Jahren. 2. Das Obft kann geplänzt werden, 3. In die Landesversicherungs-Anstalt Schlesien in Breslau XII, Hofenplatz 2.

F. S. Sie können noch am 16. Februar kündigen und dann am 1. März ausziehen.

Versammlungen und Vereine.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 18/19.
Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittags).

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 5. Februar:
Marmorarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Sonntag, den 7. Februar:
Maschinen- und Feiger. Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 6 (Nikolaier).
Der Zahlabend für sämtliche Bezirke (außer Bezirk 8, Silberbrandstraße 20-24) findet von jetzt ab nur noch Lentzenstraße 12/14 statt. Der nächste Zahlabend ist Montag, den 8. Februar.
Der Distriktsführer.

Distrikt 7.
Montag, den 8. v. Mts.: Zahlabend. Für die Bezirke 12, 20 und 22 befindet sich von jetzt ab das Zahllokal in Wieting's Restaurant, Lentzenstraße 62. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Distriktsführer.

Distrikt 8.
Montag: Vortrag des Genossen Albert über die neue Sozialistenheft.

Distrikt 9 (Oberster).
Montag, den 8. Februar: Zahlabend und Neuwahl des Distriktsführers und der Revisorin.

Distrikt 12.
Montag im Zahlabend: Vortrag des Genossen Sachmann über die politische Lage.

Blasse A und B Firmen in Klasse A eingetragen. Hierauf er-
folgte die Schließung dieser Firmen, welche für das
bisherige Schneidergewerbe eine höchst bedeutende Wendung in sich
schließt. — Die Tarife werden sofort zur Absendung
an die Weiler gedruckt.

Wenn alle Organisationen ebenso einseitlich die Lohn-
bewegung durchzuführen, als wie sie begonnen wurde, dann kann
der Erfolg nicht ausbleiben, und die Vereinigten Unternehmer im
Schneidergewerbe werden wohl oder übel die berechtigten For-
derungen der Arbeiter anerkennen müssen.

Wachwitz, 4. Februar. Ein schwerer Unglücksfall
neigte sich am vorigen Freitag Nachmittag im königlichen Hof-
Kuchbäckerei. Der 20-jährige Sohn des Stellenbesizers Heinrich
Vogel aus Stills-Wiltsch war dort mit Auslaufen von
Küchen beschäftigt und stand dabei auf einer Leiter; da er aber
auf dieser einige Schritte nicht erreichen konnte, trat er auf einen
des Dampfes, welcher abfiel. Er stürzte ungefähr 3½ Meter herab
auf den leicht hartgefrorenen Boden und brach dabei beide Beine.
Gleichzeitig war eine Schwester des verunglückten jungen Mannes
ebenfalls mit dort beschäftigt, welche, da seine nähere Hilfe zu er-
reichen war, sofort die Eltern in dem fast eine Stunde von der Un-
glücksstätte entfernten Altst. vom dem Unglücksfall benachrichtigte.
Der Schwerverletzte wurde nun mittels Wagens in die Wohnung der
Eltern geholt, nachdem er fast zwei Stunden bei der großen Kälte
hilflos im Walde liegen mußte.

Sachsen, 4. Februar. Tod durch Blutberg-
lung. Die Fälle, in denen Personen durch Blutberg-
lung um das Leben kommen, mehren sich hier jetzt in er-
strebender Weise. Aus Altenleben wurde kürzlich die
Zigarettenfabrikantin Ernestine Pöbner, die sich eine Blutver-
giftung am linken Arm zugezogen hatte, in das hiesige Kranken-
haus eingeliefert. Die Vergiftung hatte aber schon so weit um
sich gegriffen, daß die Frau, obgleich man ihr den Arm am-
putierte, verstarb. Eigentümlich war bei dieser Kranken, daß
die Frau sich nie voll gebürdete. Sie biß, schlug um sich und
trugte, so daß sie schwer zu behandeln war. — Fast zu gleicher
Zeit wurde auch die „Gadnauer Zeitung“ berichtet, daß auf
dem Domsternum Fuchs die bedenkliche, verheerende Pferde-
pest durch Fuchs Fuchs wegen einer Blutvergiftung am
rechten Arm in das hiesige Krankenhaus gebracht. Auch
hier mußte sofort der Arm abgenommen werden. Tod sehr
Leben war ebenfalls nicht mehr zu erhalten, da die Vergiftung
schon zu weit vorgeschritten war.

Ortsberg, 4. Februar. Lehrlingskürzerei im
Schlossergewerbe. Die hiesige Schlosser-, Messerschle-
sser- und in ihrer Generalversammlung bekannt, daß von den an-
geschlossenen 18 Meistern 21 Gesellen und 61 Lehrlinge beschäftigt
werden. Der Lohnanteil, nämlich 49 Lehrlinge, entfällt allein auf
das Schlossergewerbe, was Eingeweihte nicht wundern, denn einige
Schlossermeister halten 8-10 Lehrlinge und nicht einen Gesellen.
Nur ein Teil von dieser Sorte „Meister“ weicht über den „kleinen
Besichtigungsbescheid“ hinweg, der bestimmt, daß auch die Meistern,
die 30-40 Jahre Lehrlingsausbildung betreiben, nun besonders da-
zu einstimmen müssen. Sie haben aber auch schon angefangen,
das das Gesetz zu umgehen ist und wollen nicht mehr Lehrlinge
halten, sondern „jüngliche Arbeiter“ beschäftigen. So
also hebt die geprüfte Fürsorge der Handwerksmeister für ihre Lehrlinge
auf.

Sobentwiese, 2. Februar. Aus der Hellenhalt.
Die Hellenhalt Sobentwiese steht bei den meisten Patienten in
ihnen besonders guten Andenken. Uns wird neben vielen an-
deren merkwürdigen Vorkommnissen ein Fall berichtet, der die
Verwaltung der Anstalt in seinem besonders guten Lichte er-
leuchtet. Ein junger Bergmann aus Waldenburg ist an
höchst schwerem Rheumatismus, auch die Landes-Verfiche-
rungsanstalt Sobentwiese gehörte ihm ein Heilverfahren in der
Anstalt Sobentwiese. Der junge Mann mußte trotz des rheuma-
tischen Leidens den Hausarzt wechseln, wobei ihm beim
Wenden das schon sehr durchgeschwemmte Anstaltsbündel aus
über dem Rücken aufplatzt. Die Oberärztin soll nun merkwürdiger
Weise die Bezahlung des Bundes verlangt haben, was
der Patient verweigerte mit der Bemerkung, er habe das müde
Geld doch nicht zumüßig zerstreuen. Zur Strafe sollte nun der
heumatische Patient in Reichenhause schlafen. (Ob das dem
Jugend des Heilverfahrens so dienlich gewesen wäre? D. R.)
Als der Patient sich unter Verwahrung auf sein Leiden begeben
im Reichenhause zu schlafen, konnte er den Staub der Anstalt
von den Füßen schütteln, denn in sein Zimmer durfte er nicht
mehr schlafen gehen. Nach solchen Vorkommnissen braucht man
sich über die Antipathie der Beschäftigten gegen die Anstalt nicht
zu wundern.

Striegen, 4. Februar. Schwerer Unglücksfall. Der
Oberstabsarzt Franzlinter aus Breslau stürzte am Montag
beim Rodeln vom Kellerweg so unglücklich, daß er betäubungslos
vom Wege getragen werden mußte. Erst am Dienstag Nachmittag
kam er wieder zum Bewußtsein. Die Ärzte konstatierten einen
Gehirnbruch und den Zustand als bedenklich.

Görlitz, 4. Februar. Ihr schätzbares Begehren
steht die jetzt in der Drunder der „Volkzeitung“ in Götzen, früher
in der Drunder der „Volkswacht“ hergestellte „Görlitzer
Volkzeitung“ am 1. Februar. Sie erscheint aus dem Anlaß
als Ersatz für die in hiesiger Auflage und wurde am Sonntag als
Agitationsnummer ausgetreten, die rund 300 neue Abonnenten in
Görlitz einbrachte. Bekanntlich bemühen sich die Genossen des Göt-
litzer Kreises mit großem Eifer um die Errichtung einer eigenen
Druckerei, in der sie ihr Blatt künftig selbst herstellen wollen.
Der angekündigte Fonds ist jetzt auf rund 50.000 Mark ange-
wachsen. Wir wünschen unserem Stammblatt viel Glück zu weiteren
Leben und Erfolgen.

Zunächst den Gedächtnis Genossen an Opferwilligkeit gleich,
arbeiten auch wir ohne Unterlaß, so wird auch unser Blatt an Voll-
kommenheit und Schlagkraft immer mehr gewinnen und zu
einer starken Waffe werden im Kampfe für die Unterdrückten und
Gedrückten!

Nasische, 3. Februar. Aktion, Glasarbeiter. Am
3. Januar kündigten die hiesigen Glasarbeiter den Lohnvertrag, der
somit am 28. Februar abläuft. Bestimmte Forderungen sind noch
nicht erhoben worden. Die Glasarbeiter werden ersucht, jeden Tag
nach hier bis auf weiteres fernzubleiben.

Worms, 4. Februar. Unfall. Am Sonntag früh,
18. hiesiges Schneewetter herrschte, ging der hiesige Lustfah-
rger Raasch nach Storsdorf. Dabei wurde der schon be-
schriebene Mann in den Straßengraben und weiter ins Feld getrieben,
so er sich einen Fuß verstauchte. Er konnte sich noch nach der

Straße zurückschleppen, dies aber dort liegen. Bei seinem Aus-
bleiben forschte man nach dem hiesigen Postamt aus nach ihm und
land ihn ganz erschöpft vor. Er wurde nach Worms zurück-
transportiert.

Othlau, 4. Februar. Brandstiftung. In der Nacht zum
Sonntag brannte in Marschwitz hiesigen Kreises das Haus
des Wärdmeisters Paul bis auf die Grundmauern nieder. Als
Entschuldigungsursache ist die willkürliche Brandstiftung festgestellt
worden. Die Hausbewohner konnten gerettet werden, dagegen wurde
fast sämtliches Mobiliar ein Raub der Flammen.

Reiße, 4. Februar. Ueberraschende Folgen
eines falschen Geständnisses. Unter der Selbst-
beziehung der Ermordung seiner Geliebten hat sich, wie wir
kürzlich meldeten, der 35-jährige Schuhmacher Kasim aus Reiße
der Polizei in Hamburg freiwillig gestellt; nach seiner Angabe
hat er im Jahre 1895 gelegentlich seiner Wiltzärtel in Reiße
seine Geliebte in deren Heimat Hagenfeld mit dem Seiten-
gewehr erschossen und die Leiche an Ort und Stelle verscharrt.
Nachdem er widerrief, sein Geständnis, indem er behauptete,
er habe sich durch die Selbstbeziehung nur ein Obdach ver-
schaffen wollen. Inzwischen war aber die Hagenfelder Behörde
von dem Vorfall benachrichtigt worden, und die von dieser an-
gestellten Nachforschungen haben zu einem überraschenden Resultat
geführt. Man fand dort auf Grund der genauen örtlichen
Angaben des Kasim tatsächlich die Leiche eines
jungen Mädchens. Nun lebt allerdings die
frühere Geliebte des Kasim noch, aber es verschwand
zu der fraglichen Zeit in der bei Hagenfeld gelegenen Ortschaft
Wormau ein Mädchen, ohne wieder aufzutreten und ohne
daß man sich die Ursache und die Art seines Verschwindens er-
klären konnte. Jedenfalls ist der Leichenfund im Zusammenhang
mit dem anfänglichen Geständnis des Kasim sehr verdächtig, und
es wird daher die Untersuchung nach dieser Richtung hin weiter-
geführt.

Reiße, 4. Februar. Sittlichkeits-Verbrecher. Unter
Ausschluss der Öffentlichkeit wurde gegen den Buchhalter Johann
Kilias von hier wegen Sittlichkeitsverbrechens verhandelt. Das Ur-
teil lautete auf 7 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte
1 Jahr Gefängnis beantragt.

Königsbrunn, 4. Februar. Grabenunfall. Nach an-
tlicher Mitteilung sind Mittwoch Morgens 6½ Uhr auf dem Krug-
schachtel der Königsbrunn sechs Mann dadurch ver-
unglückt, daß sie sich durch einen Schlepper hinanziehen
ließen und mit der Schale unter die Bremscheibe
gerieten. Ein Mann wurde schwer verletzt, zwei erlitten Bein-
verletzungen und drei Mann Stenochungen. Die Verunglückten sollen den
Unfall selbst verschuldet haben.

Königsbrunn, 4. Februar. Das Herz gestochen. Vor
der Abfahrt des letzten Straßenbahnzuges, der von Königsbrunn nach
Rattowitz fährt, kam es Dienstag Abend zwischen zwei jungen Leuten,
dem 26-jährigen Maschinenwärter Smoboda mit dem 26-jährigen
Arbeiter Prizula, zu einem Streit. Als Smoboda auf den
Straßenbahnzug gestiegen war, ließ ihm Prizula nach und ließ
ihm ein Messer in die Herzgegend, worauf Prizula herunter-
sprang und zurückwand. Der tödlich Verletzte wurde in den
Krankenraum des Hagenfelds gebracht, wo er nach zwei
Stunden verschied. — Der Täter ist noch im Laufe der Nacht ver-
haftet worden.

Königsbrunn, 4. Februar. Einwasch im ganzen. Gegen
drei hiesige Polizeier wurde das Strafverfahren eröffnet
und ihnen ihr Dienst geündigt, weil der eine, P., 800 Mark,
zwei andere, S. und G., je 100 Mark unterschlagen haben
sollen.

Olewis, 4. Februar. Neuer Polenprozess. Ein neuer
Polenprozess wird am 22. d. Mts. vor der hiesigen Strafkammer
zur Verhandlung gelangen. Angeklagt sind wegen Geheim-
handels (I) der Werksmeister Bindur und etwa 20 andere
Polen aus Hagen, welche Mitglieder einer polnischen Verbindung
gewesen sind. Außerdem schwebt noch ein Verfahren gegen Mitglieder
einer polnischen Verbindung in Kuba, welche sich demnach ebenfalls
vor der Strafkammer in Olewis zu verantworten haben werden.
— Ob bei diesen Prozessen wieder polizeiliche Spitzeleiten festgestellt
werden?

Rattowitz, 4. Februar. Neue Massenverhaftungen
in Sosnowitz. Seit drei Tagen finden in den Arbeiterquartieren
von Sosnowitz und der Umgegend Tag und Nacht Hausdurchsuchungen
statt, die bereits zu 81 Verhaftungen geführt haben.

Schwientochlowitz, 4. Februar. Tödlicher Unfall.
Während der Schachtmauerungen auf der Deutschlandgrube löste sich
am Montag Nachmittag ein Fingerring und fiel in den Schacht
hinunter. Der 19-jährige Arbeiter Krause, der gerade die Förder-
schale betreten wollte, wurde von dem Fingerring auf der Stelle
getödtet.

Zawodzie D.-E., 4. Februar. Ein braver Mann.
Dem Arbeiter Emanuel Kupa von hier, welcher im verflohenen
Jahre mehrere Kinder vom Tode des Ertrinkens
auf dem Eise rettete, ist nunmehr die Erinnerungsmedaille
für Rettung aus Gefahr verliehen worden.

Zitzau, 4. Februar. Zwei Kinder erstickt. Am Frei-
tag Nachmittag begab sich die Ehefrau des Händlers und Arbeiters
Grel von hier (Antel (Brosow) in den nahegelegenen Wald, um
Holz zu sammeln, und ließ ihre beiden Kinder, Knaben von 3 und
6 Jahren, allein zu Hause. Während der jüngere in der Wiege
schlief, begann der ältere mit Streichhölzern zu spielen, wobei
er das in demselben Raum liegende Bett, auf dem sich mehrere
Kleidungsstücke befanden, in Brand setzte. Die Sachen ent-
wickelten einen solchen Qualm, daß der ältere Knabe, der in das
brennende Bett geküchelt war, den Erstickungstod erlitt,
während der jüngere betäubt wurde. Der Wiederbelebungsvor-
sicht der herbeigekommenen Mutter und hilfsbereiter Nachbarn gelang es, den
jüngeren Knaben ins Leben zurückzurufen, doch starb derselbe trotz
ärztlicher Hilfe an Rauchvergiftung. Die Eltern befaßen nur
diese beiden Kinder.

Bromberg, 4. Februar. Verhafteter Doppel-
mörder. Der hiesigen Polizeiverwaltung wurde von Wilske
aus telephonisch gemeldet, daß der ehemalige Lokomotivführer,
jetzige Köhler Otto Pödelich aus Kuba, Kreis Culm, vor-
gehens in dem genannten Orte einen Tischler und
einen Schuhmacher ermordet habe und dann ge-
flüchtet sei. Wahrscheinlich nach Bromberg, um seine hier in der
Bahnhofstraße befindliche Tochter, an welcher er vor mehreren
Jahren ein Sittlichkeitsverbrechen begangen hat, ebenfalls zu er-
morden. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden daraufhin
sofort die erforderlichen Vorkehrungen zur Verhaftung eines wei-
teren Verbrechens getroffen und es gelang ihr, den Mörder
vorgestern Nachmittag gegen 5 Uhr in der Bahnhofstraße abzu-
fassen und festzunehmen, als er beiseite mit einem unter
seiner Ueberzieher verborgenen, kurz vorher in einem hiesigen

Eisengeschäft gekauften Schloß in der Nähe von Pommern und
auf seine Tochter, welche er durch Ueberwindung einer Karte auf
die Straße zu foden versucht hatte, wartete. Der Mörder hat
zweifellos die Absicht gehabt, auch seine Tochter zu ermorden,
auch ist die Vermutung begründet, daß er seine in Schweden-
höhe wohnenden Schwiegereltern die Eheleute R. & P.,
mit denen er verheiratet ist, ebenfalls umbringen wollte, da aus
der seiner Tochter übergebenen Karte hervorgeht, daß er auch
diese aufsuchen wollte. Nach seiner Festnahme versuchte er in
seiner Zelle durch Kratzen des linken Unterarmes Blut auf
zu fördern, um die an den Kleidern befindlichen toxischen Blut-
spuren als frische hinzustellen.

Partei-Angelegenheiten.

Der Jahreskongress der englischen Arbeiterpartei
Die Verhandlungen in Portsmouth sind vorüber, ohne daß sich
die Hoffnungen der Gegner auf eine Spaltung erfüllt hätten.
Die Debatten über die Politik und die Politik der Partei sind
ruhiger verlaufen, als allgemein erwartet wurde. Bernhart
S. hat vor dem Kongress Größeres versprochen, als er
schließlich gegeben hat. Er erklärte, daß er der Partei durch-
aus nicht ein sozialistisches Programm zumuten wolle, sondern
es müßten dem jetzigen Programm nur einige Forderungen bei-
gefügt werden, die keine andere Partei vertritt. Er nannte aber
diese Forderungen nicht, sondern er wollte diese in einer Ver-
sammlung, die er zu diesem Zwecke ganz für sich haben würde,
vertreten. Unter allgemeinem Gelächter mußte Bernhard Shaw
abtreten. Nicht mehr Glück hatte Ben Lilliet, der ein
Pamphlet verbreiten ließ mit der Aufschrift: „Hat die parla-
mentarische Arbeiterpartei einen Zweck?“ In dem Flugblatt,
das sehr heftige persönliche Angriffe gegen die Führer der Ar-
beiterpartei enthält, wird gefordert, daß die Partei nicht mit
anderen Parteien zusammen auf der gleichen Plattform erscheine.
Durch die Temperenz- und die Freihandelsbewegung werde
nichts erreicht, die besten Männer und die besten Kräfte der
Partei müßten verbraucht. Halleton antwortete in sehr
erregtem Tone: Ein Mann, der solchen Unsinn treibe, sei nicht
wert „Kamerad“ (Genosse) genannt zu werden. Den Lilliet's-
Resolution wurde mit 788 gegen 133 Stimmen verworfen. Es
wurden alle die Bewegung einschneidenden Resolutionen abgelehnt.
Es bleibt auch in Zukunft den Genossen überlassen, in bestimm-
ten Fragen mit anderen Parteien zusammen zu gehen wie das
zum Beispiel trifft bei der Bewegung für den Freihandel oder
dem internationalen Frieden usw. Um diese Beschüsse zu ver-
stehen, muß man sich die englischen Parteiverhältnisse vergegen-
wärtigen, muß man vor allem in Erinnerung behalten, daß der
englische Liberalismus heute noch doch etwas anderes ist,
als der deutsche. Zur Zeit wenigstens scheint uns für
die englische Arbeiterpartei noch keine Ursache vorzuliegen, es
zu einer absoluten und enghätigen Egelung mit den Liberalen
in dem Sinne zu treiben, daß jedes Zusammengehen zur Er-
reichung bestimmter gemeinsamer Ziele ausgeschlossen wäre.

Ein gut Teil der Verhandlungen erstreckte sich auf die
Schulfrage. Es wurde die Aufhebung der Halbtagsschulen,
die Ausdehnung der Schulpflicht bis zu 16 Jahren, die Er-
richtung von Waldschulen und Schulküchen gefordert. Bei der
Erörterung über die Halbtagsschulen erklärte Halleton in seinem
und im Namen seiner Kollegen vom Lehrkräfteverband, daß
sie persönlich für diese Forderung seien. Bedauerlicherweise
aber hätten die Mitglieder, durch Urabstimmung gefragt, sich
für die Beibehaltung der Halbtagsschulen ausgesprochen. Er forderte
alle Führer der Partei und Gewerkschaften, ihnen zu helfen,
die Arbeiterpartei von Lancashire auf zu führen. Bernhard
Shaw bemerkte hierzu: Wir müssen diesen Leuten klar machen,
daß der Kapitalismus sie daran gewöhnt hat, ihm ihre Kinder
zu verkaufen. Die Resolution gelangte jedoch mit 724 gegen
309 Stimmen zur Annahme. Ebenso wurde eine Resolution,
welche die Verwirklichung der Schulen fordert, mit 739 gegen
234 Stimmen angenommen. Sie war vom Genossen O. und
von der Sozialdemokratischen Föderation eingebracht, sie wurde,
wie üblich, von Segion und O. Gray, beide Katholiken, be-
kämpft. Sie erhielten unerwartete Unterstützung von dem un-
berechenbaren Shaw, der sich scharf gegen diesen „antiklerikalen“
Antrag wandte. So lange man von den Kindern gutes stillches
Verhalten fordere, müsse man auch Gründe hierfür anführen,
und diese müßten religiöser Natur oder metaphysischer sein.
Nachdem noch eine Reihe Beschlüsse der immer wiederkehrenden
Resolutionen bezüglich des Wahlrechts, des Achttages und
andere mehr angenommen waren, erfolgte Schluß des Kon-
gresses. Als Sekretär wurde Macdonald und als Vorsitzender
Freir Garbie gewählt. Der nächste Kongress wird in
New Post abgehalten.

Obgleich die englische Arbeiterpartei eine rein sozialistische
nicht ist, auch ein sozialistisches Programm nicht besitzt, so ist
doch unübersehbar, daß sie dem Sozialismus zustrebt. Mit
größerer Entschiedenheit denn je ist die vollständige Unabhängig-
keit der Partei von allen anderen Parteien betont worden. Die
fortschreitende kapitalistische Entwicklung bringt auch der engli-
schen Arbeiterklasse immer mehr die Ueberzeugung auf, daß die
enghätige Beirung der Lohnarbeiter durch den Sozialismus
nur herbeigeführt werden kann. Wohl läßt sich ein Aufstieg der
Arbeiterklasse in den letzten 50 Jahren, eine Verbesserung ihrer
Lebenslage nicht bestreiten. Auf der anderen Seite steht aber
zahlenmäßig fest, daß der Reichtum einer kleinen privilegierten
Klasse in noch viel höherem Maße wächst. Und jede wirtschaft-
liche Krise trifft zu allernächst und am härtesten wiederum die
Arbeiterklasse. Hat sich doch nach den Ermittlungen des eng-
lischen Arbeitersamtes, die von der englischen Arbeiterklasse be-
einnahmte Lohnrate in den letzten Jahren um 25 Millionen
Mark jährlich verringert, während sich das Einkommen an
Renten, Zinsen, Dividenden usw. trotz der Krise immer noch
um 24 Millionen Mark erhöht hat. Diesen wirtschaftlichen Er-
scheinungen gegenüber, die die Arbeiterpartei mehr und mehr
in den Bereich ihres Studiums und ihrer Erörterungen zieht,
reicht der alte Trade-Unionismus, seine Gedankenreihe und Ziele
nicht mehr aus. Die Schlussfolgerungen aus den obigen Er-
scheinungssummen müssen vielmehr zum Sozialismus führen, und
man kann schon jetzt behaupten, daß die Partei in grundsätz-
lichem Gegensatz zu der gegenwärtigen ökonomischen Struktur
steht.

Der Deputierte Grayson hatte sich vorgenommen, den Par-
teiführern, die er schon im Parlament angegriffen hatte, gebür-
rig den Text zu lesen. Er schloß aber in der entscheidenden
Sitzung. Ueber den Grund des Fehlens zurückzuführen auf den
Kongress ein eigenartiges Gerücht. Es wurde behauptet, ein be-
kannter Flottenschriftsteller und ein Flottenleutnant — Fred
Jame und Leutnant Wilson — hätten mit Grayson eine
Automobiltour unternommen, die Grayson ver-
hinderte, im Kongresssaal zu erscheinen und den Angriff der
Sozialdemokraten auf den Parteivorstand auszuführen. Die
Schlussfolgerungen, die aus dieser Meldung gezogen wurden
waren selbstverständlich für Grayson nichts weniger als
schmeichelhaft.

Auch beim Nachfüllen

verlange man ausdrücklich echte MAGGI-Würze

mit dem Kreuzstern

Das echte MAGGI Shortcut alle Nachahmungen, nur
liefert sich durch nichts anderes ersetzen.

und achte darauf, dass die Würze aus der grossen Original-MAGGI-Flasche gefüllt
wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als echte MAGGI-
Würze füllgehalten werden.

